

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Ingrid Nestle,
Matthias Gastel, Stefan Gelbhaar, weiterer Abgeordneter und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/25752 –**

Situation der Infrastrukturplanung in Deutschland

Vorbemerkung der Fragesteller

Allein im Jahr 2020 wurden vier unterschiedliche Gesetze zur Beschleunigung und Verbesserung von Planungsverfahren erlassen (vgl. Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich 3. März 2020, Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz 22. März 2020, Planungssicherstellungsgesetz 20. Mai 2020, Investitionsbeschleunigungsgesetz 5. November 2020). Diese greifen inhaltlich Aspekte des Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich von 2018 auf, erfassen weitere Bereiche und sind, nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller, doch in einem Punkt allesamt sehr ähnlich: Keines von ihnen wurde bislang auf seine Wirksamkeit hin evaluiert. Erst kürzlich wieder übergang die Bundesregierung die Aufforderung des Bundesrates in dessen Stellungnahme zum Investitionsbeschleunigungsgesetz die Wirkung der Maßnahmen des Planungssicherstellungsgesetzes zu evaluieren (vgl. Bundestagsdrucksache 19/22778).

Entsprechend liegt dem Parlament und der Öffentlichkeit weder eine aktuelle Bestandserhebung über die Dauer von Bundesverkehrsprojekten noch eine Übersicht über die angewandten Maßnahmen zur Beschleunigung und ihre Wirksamkeit vor.

Doch nur auf einer guten Datenbasis und mit verifizierten Anwendungserfolgen von Maßnahmen kann nach Ansicht der Antragsteller die Planung von Infrastrukturverfahren maßgeblich und wirkungsvoll beschleunigt und verbessert werden.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die in dieser Legislaturperiode erfolgreich auf den Weg gebrachten vier Planungsbeschleunigungsgesetze setzen Vorgaben des Koalitionsvertrags, des Klimaschutzprogrammes 2030 sowie des Koalitionsbeschlusses vom März 2020 zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren von (Verkehrs-)Infrastrukturvorhaben um.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vom 9. März 2021 übermittelt und mit Schreiben vom 21. April 2021 ergänzt; siehe Drucksache 19/29971.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

So wurden Regelungen, die in anderen Bereichen nachweislich zu einer effizienteren Abwicklung der Verfahren beitragen, wie etwa der Einsatz von Projektmanagern oder der Erlass einer vorläufigen Anordnung für vorbereitende Maßnahmen, in die Fachplanungsgesetze der Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasserstraße übertragen. Die Genehmigungsverfahren für bestimmte Ersatzneubauten sowie von Elektrifizierungs- und Digitalisierungsmaßnahmen der Schiene wurden vereinfacht. Die Neuregelungen sehen auch eine Förderung der Transparenz und der Digitalisierung der Verfahren vor. Darüber hinaus wurden zur schnelleren Realisierung von Kreuzungsbauwerken die Kommunen von Finanzierungsbeiträgen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz entlastet. Durch die mit Wirkung vom 7. Dezember 2020 in Kraft getretene Bündelung von Anhörungs- und Planfeststellungsverfahren im Bereich der Schiene beim Eisenbahn-Bundesamt werden Schnittstellen reduziert, Synergien genutzt und Doppelprüfungen vermieden.

Bei den Gerichtsverfahren wurden im Verkehrsbereich die Klagebegründungsfrist vereinheitlicht und die verwaltungsgerichtlichen Verfahren durch Schaffung von Eingangszuständigkeiten bei den Oberverwaltungsgerichten bzw. dem Bundesverwaltungsgericht gestrafft.

Schließlich wurde mit dem Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz die Genehmigung von ausgewählten Verkehrsprojekten durch Gesetz ermöglicht. Durch die unmittelbare Entscheidung des demokratisch legitimierten Gesetzgebers über die konkrete Vorhabenzulassung soll deren gesellschaftliche Akzeptanz verbessert werden. In den hierzu vorgesehen Verfahren hat auch die Bürgerbeteiligung eine Stärkung erfahren.

Somit tragen die in dieser Legislaturperiode von der Bundesregierung beschlossenen Regelungen in ihrer Gesamtheit dazu bei, die Planungs- und Genehmigungsverfahren zu verschlanken, um Infrastrukturinvestitionen zukünftig schneller und effektiver realisieren zu können.

In die Bundesschienenwege wurden im Zeitraum 2009 bis 2020 rd. 60,3 Mrd. Euro investiert, die Aufteilung auf die einzelnen Jahre kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden (Angaben in Mio. Euro):

2009 Ist	2010 Ist	2011 Ist	2012 Ist	2013 Ist	2014 Ist	2015 Ist	2016 Ist	2017 Ist	2018 Ist	2019 Ist	2020 Ist
4.106	4.434	4.473	4.044	4.141	3.976	4.554	4.994	6.360	5.843	6.018	7.331

Im Finanzplanungszeitraum 2021 bis 2024 sind für die Bundesschienenwege nachfolgende Investitionen vorgesehen (Angaben in Mrd. Euro):

2021*	2022	2023	2024
14,940	8,901	9,075	9,083

* Davon Eigenkapitalerhöhung an die DB AG zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 i.H.v. 2,125 Mrd. Euro und 5 Mrd. Euro zum Ausgleich von Schäden in Folge der Corona-Pandemie

In die Bundesfernstraßen wurden im Zeitraum 2009 bis 2020 rd. 74,7 Mrd. Euro investiert, die Aufteilung auf die einzelnen Jahre kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden (Angaben in Mio. Euro):

2009 Ist	2010 Ist	2011 Ist	2012 Ist	2013 Ist	2014 Ist	2015 Ist	2016 Ist	2017 Ist	2018 Ist	2019 Ist	2020 Ist
6.198	5.485	5.245	5.358	5.447	5.489	5.272	6.034	6.777	7.684	7.761	7.919

Im Finanzplanungszeitraum 2021 bis 2024 sind im Bundesfernstraßenhaushalt nachfolgende Investitionen vorgesehen (Angaben in Mrd. Euro):

2021	2022	2023	2024
8,65	8,31	8,40	8,43

1. Wie lange dauerten zwischen 2009 und 2020 die Planung und Umsetzung von Projekten insgesamt (bitte in 25-Prozent-Quantilen angeben) und jeweils aufgeschlüsselt nach Verfahrensabschnitten (Planung ab Planungsbeginn beziehungsweise der Einleitung des Raumordnungsverfahrens, Planfeststellungsverfahren, Gerichtsverfahren, Baubeginn bis zur Inbetriebnahme), bei
 - a) Bundesschienenprojekten über 30 km Länge,
 - b) Bundesfernstraßenprojekten über 20 km Länge,
 - c) Fahrradwegprojekten in Bundeszuständigkeit?

2. Welche Zeitdauer muss hinzugerechnet werden, wenn man den Planungsbeginn (ab Leistungsphase eins „Grundlagenermittlung“) hinzugerechnet, bei
 - a) Bundesschienenprojekten über 30 km,
 - b) Bundesfernstraßenprojekten über 20 km,
 - c) Fahrradwegprojekten in Bundeszuständigkeit?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Anhand der vorliegenden Daten lassen sich für Bedarfsplanvorhaben im Bereich Schiene folgende Angaben zur durchschnittlichen Dauer einzelner Projektphasen ableiten:

	25 %-Quantil	Mittelwert
Grundlagenermittlung/Vorplanung	3 Jahre, 9 Monate	5 Jahre, 11 Monate
Entwurfs- und Genehmigungsplanung bis zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens	2 Jahre, 4 Monate	3 Jahre, 8 Monate
Planfeststellungsverfahren	3 Jahre, 2 Monate	4 Jahre, 8 Monate
Bauzeit bis Inbetriebnahme	3 Jahre, 11 Monate	8 Jahre, 7 Monate

Statistische Angaben zu weiteren Phasen, wie z. B. Klageverfahren, liegen der Bundesregierung nicht vor. Da die Angaben jeweils aus unterschiedlichen, stark schwankenden Vorhabenportfolios ermittelt wurden, ist ein Rückschluss auf die Gesamtverfahrensdauer nur eingeschränkt möglich. Zu Vergleichszwecken sind deshalb auch die Mittelwerte der betrachteten Phasen angegeben.

Die Planung, die Durchführung der Planfeststellungs- oder Plangenehmigungsverfahren sowie der Bau von Bundesfernstraßen und von Radwegen an Bundesfernstraßen wurden bis zum 31. Dezember 2020 von den Ländern im Rahmen der Auftragsverwaltung durchgeführt.

Für den abgefragten Zeitraum gibt es ein Bundesfernstraßenprojekt über 20 km Länge:

	25%-Quantil	Mittelwert
Grundlagenermittlung/Vorplanung	–	4 Jahre
Entwurfs- und Genehmigungsplanung bis zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens (einschließlich Raumordnungs- und Linienbestimmungsverfahren)	–	5 Jahre
Planfeststellungsverfahren	–	6 Jahre
Gerichtsverfahren	–	–
Bauzeit bis Inbetriebnahme	–	Bau in 2 Bauabschnitten 3,5 Jahre je BA

Von folgenden Ländern wurden für „Fahrradwegprojekte“ in Auftragsverwaltung nachfolgende Angaben gemacht. Als Fahrradprojekt wird dabei ein Neu- oder Ausbauvorhaben an einer Bundesfernstraße bezeichnet, das hauptsächlich der Herstellung eines Radweges (ggf. in Kombination mit einem Fußweg) in der Baulast des Bundes umfasst.

Hessen meldet für Radwegprojekte mit Planfeststellungsverfahren:

	25% – Quantil	Mittelwert
Voruntersuchung	19 Monate	2,1 Jahre
Vorentwurf	11 Monate	1,8 Jahre
Planfeststellungsverfahren	12 Monate	1,5 Jahre
Baudurchführung	11 Monate	1,3 Jahre

Mecklenburg-Vorpommern:

	25%-Quantil	Mittelwert
Grundlagenermittlung/Vorplanung	9 Monate	1 Jahr
Entwurfs- und Genehmigungsplanung bis zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens (einschließlich Raumordnungs- und Linienbestimmungsverfahren)	1 Jahr	2 Jahre
Planfeststellungsverfahren	10 Monate	1 Jahre
Gerichtsverfahren	–	–
Bauzeit bis Inbetriebnahme	1 Jahr	1,5 Jahre

Niedersachsen:

	25%-Quantil	Mittelwert
Grundlagenermittlung/Vorplanung	ca. ½ Jahr	ca. 2 Jahre
Entwurfs- und Genehmigungsplanung bis zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens (einschließlich Raumordnungs- und Linienbestimmungsverfahren)	ca. 1 Jahr	ca. 3 Jahre
Planfeststellungsverfahren	ca. ½ Jahr	ca. 1 ½ Jahre
Gerichtsverfahren	–	–
Bauzeit bis Inbetriebnahme	ca. 3 Monate	ca. 8 Monate

Saarland:

	25-%-Quantil	Mittelwert
Grundlagenermittlung/Vorplanung	4 Jahre, 8 Monate	kA
Entwurfs- und Genehmigungsplanung bis zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens (einschließlich Raumordnungs- und Linienbestimmungsverfahren)	2 Jahre, 9 Monate	kA
Planfeststellungsverfahren	11 Monate	kA
Gerichtsverfahren	–	–
Bauzeit bis Inbetriebnahme	1 Jahr, 1 Monat	kA

Sachsen-Anhalt meldet nach Auswertung der Datenlage von acht Radwegprojekten in unterschiedlichen Verfahrensabschnitten:

	25-%-Quantil	Mittelwert	Stichprobenumfang
Grundlagenermittlung/Vorplanung	1,00 Jahre	1,86 Jahre	8
Entwurfs- und Genehmigungsplanung bis zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens (einschließlich Raumordnungs- und Linienbestimmungsverfahren)	2,00 Jahre	3,70 Jahre	8
Planfeststellungsverfahren	3,93 Jahre	3,93 Jahre	4
Gerichtsverfahren	–	–	–
Bauzeit bis Inbetriebnahme	0,50 Jahre	0,63 Jahre	4

Thüringen:

	25-%-Quantil	Mittelwert
Grundlagenermittlung/Vorplanung	(in Zeile 2 enthalten)	(in Zeile 2 enthalten)
Entwurfs- und Genehmigungsplanung bis zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens (einschließlich Raumordnungs- und Linienbestimmungsverfahren)	5 Jahre 3 Monate	5 Jahre 10 Monate
Planfeststellungs- oder Plangenehmigungsverfahren	6 Monate	10 Monate
Gerichtsverfahren	–	–
Bauzeit bis Inbetriebnahme	6 Monate	8 Monate

- Wie viele und welche Bundesschienen- und Bundesfernstraßenprojekte befinden sich jeweils derzeit in Planung (bitte jeweiligen Planungsstand angeben)?

Für Bundesschienenprojekte wird auf Anlage 1 verwiesen.* Für Bundesfernstraßenprojekte in Auftragsverwaltung wird für die Meldung einzelner Länder auf die Anlage 2 verwiesen.* Für Bundesfernstraßenprojekte in Bundesverwaltung wird für die Meldung der Autobahn GmbH des Bundes auf die Anlage 3 verwiesen.*

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/27459 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

4. Bei wie vielen Bundesschiene- und Fernstraßenvorhaben wurden seit 2009 Plangenehmigungs- anstelle von Planfeststellungsverfahren eingesetzt, und wie groß ist damit deren Anteil an allen Planverfahren?

Im Bereich der Bundesschienvorhaben wurden im Zeitraum von 2009 bis 2020 insgesamt 8 980 Plangenehmigungsverfahren abgeschlossen. Der Anteil der Plangenehmigungen an allen Planverfahren beträgt in dem genannten Zeitraum 70 Prozent.

Für die Bundesfernstraßen in Auftragsverwaltung führen die Länder keine einheitliche Statistik. Folgende Länder melden:

Land	Anzahl (Anteil an allen Verfahren)	Anmerkung
Berlin	0	
Brandenburg	0	für Fernstraßenvorhaben aus dem Bundesverkehrswegeplan seit 2009
Bremen	0	
Hessen	(7 – 10 %)	Geschätzt für den Zeitraum von 2013 bis 2020
Mecklenburg-Vorpommern	1 (4,35 %)	
Niedersachsen	57 (39 %)	
Nordrhein-Westfalen	0	
Rheinland-Pfalz	0	
Saarland	7 (35 %)	Insgesamt wurden seit 2009 im Zuständigkeitsbereich der saarländischen Auftragsverwaltung für Bundesfernstraßen 20 Verfahren (Planfeststellung (11), Plangenehmigung (7) und Fall unwesentlicher Bedeutung (2)) abgeschlossen bzw. sind noch anhängig. Dies entspricht einem Anteil der Plangenehmigung an allen Verfahren von 35 %.
Sachsen	6 (<5 %)	bei allen zu planenden Projekten (<20 km)
Sachsen-Anhalt	9 (8 %)	
Schleswig-Holstein	2 (0,74 % bzw. 8,33 %)	Der Anteil an allen Planverfahren beträgt in dem genannten Zeitraum 0,74 Prozent, soweit man als Bezugswert auch bspw. Planergänzungsbeschlüsse und Fehlerheilungsverfahren miteinbezieht bzw. 8,33 Prozent, soweit man lediglich von Ausgangsverfahren als Bezugswert ausgeht.
Thüringen	46 (12 %)	

Für die Bundesfernstraßen in Bundesverwaltung meldet die Autobahn GmbH für 2020 Fehlanzeige.

5. Welche Methoden besseren Planungsmanagements sind bei Schienen- und Straßenprojekten des Bundes aus Sicht des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) besonders für Planungsbeschleunigung geeignet, und wie intensiv werden sie in der Praxis genutzt?
 - a) Setzen die Verwaltungen für die Einholung von Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange regelmäßig „Sternverfahren“ ein, und wie bewertet die Bundesregierung das?
 - b) Welche Fristen werden nach Kenntnis der Bundesregierung für diese Stellungnahmen gesetzt, und welche Beschleunigungseffekte bieten solche Fristsetzungen?
 - c) Laden die Verwaltungen Träger öffentlicher Belange zu einer gemeinsamen Besprechung ein, und wie bewertet die Bundesregierung das?
 - d) Bei wie vielen Projekten wird die Möglichkeit, Projektmanager einzusetzen, bereits intensiv genutzt, und mit welchen Erfolgen (Beispiele)?
 - e) Bei wie vielen Projekten wird ein Beteiligungsforum genutzt, und bei wie vielen eine Mediation durchgeführt?

Die Fragen 5 bis 5e werden gemeinsam beantwortet.

Das Anhörungsverfahren ist in § 73 des Verwaltungsverfahrensgesetzes geregelt.

Bei Schienen- und Straßenprojekten wird die Öffentlichkeit bereits im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung umfassend beteiligt. Bei allen Neubauvorhaben wurden regelmäßige Austauschformate mit allen Stakeholdern der Region etabliert, die die Planungen bereits seit Beginn der frühen Projektphasen begleiten.

Die Anzahl der Projekte, bei denen ein Projektmanager eingesetzt wird, ist der Bundesregierung nicht bekannt. Bei Schienenverkehrsprojekten kommt nach Auskunft der DB AG das Sternverfahren nicht zum Einsatz.

Bei Bundesfernstraßenprojekten, deren Zulassung im Rahmen der Auftragsverwaltung erfolgt, entscheiden die Länder über die Ausgestaltung des Verfahrens. Fast alle Länder beteiligen die Träger öffentlicher Belange im Sternverfahren und setzen eine Frist bis 3 Monate entsprechend den landesrechtlichen Verfahrensregelungen. In der Regel äußern sich die Träger öffentlicher Belange im Rahmen eines Erörterungstermins. Getrennt davon finden Besprechungen mit den Trägern öffentlicher Belange im Vorfeld der Einleitung des förmlichen Zulassungsverfahrens statt. In einem Land wurde in insgesamt 25 Fällen Projektmanager eingesetzt. Eine Entlastung konnte nach Angaben dieses Landes nicht ermittelt werden. Zwei Länder haben in vier Fällen positive Erfahrungen mit dem Einsatz eines Projektmanagers gemacht. In einem weiteren Land soll der Einsatz im Rahmen eines Pilotprojekts erprobt werden. Beteiligungsforen wurden von den Ländern als Instrumente informeller Öffentlichkeitsbeteiligung bislang in 14 Fällen genutzt. Mediationsverfahren werden selten genutzt.

Erfahrungswerte des seit 1. Januar 2021 zuständigen Fernstraßen-Bundesamt (FBA) im Rahmen der praktischen Verwaltungstätigkeit bestehen noch nicht.

6. Werden finanzielle Anreize, um kürzere Bauzeiten für Bauträger unter Beachtung der rechtlichen Standards zu erreichen, bei der Mehrheit der Projekte genutzt, und in welchem finanziellen Rahmen bewegen sich diese Anreize (bitte in 25-Prozent-Quantilen angeben)?

Bei Schienenverkehrsprojekten werden keine finanziellen Anreize genutzt. Für Bundesfernstraßenprojekte können Vereinbarungen einer Beschleunigungsvergütung nach dem Handbuch für die Vergabe und Ausführung von Bauleistungen im Straßen- und Brückenbau (HVA B-StB) geschlossen werden. Die Länder und die Autobahn GmbH des Bundes machen hiervon Gebrauch.

7. Welche der zehn Empfehlungen aus dem Endbericht „Bau von Großprojekten: Komplexität beherrschen – kostengerecht, termintreu und effizient“ (Berlin 2015) der vom BMVI begleiteten Reformkommission wurden bereits umgesetzt, und welche nicht (bitte je Empfehlung jeweils Umsetzungsstand, beschlossene und/oder aktuell im Abstimmungsverfahren befindliche relevante Verordnungen und/oder Gesetze sowie etwaige beispielhaften Projekte auflisten)?

Die Handlungsempfehlungen der Reformkommission Großprojekte nehmen den gesamten Bauprozess – von der Projektidee bis zur Inbetriebnahme – in den Blick und richten sich an alle Beteiligten. Die Umsetzung der Empfehlungen ist eine Daueraufgabe, die kontinuierlich vorangetrieben wird.

8. Welche Beschleunigungseffekte werden von der neuen Zuständigkeit des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) für die Planfeststellung bundesweiter Schienenvorhaben erwartet oder sind schon eingetreten (bitte konkreter Projekte und konkreter Zeitersparnisse angeben)?

Die Bundesregierung erwartet von der neuen Zuständigkeit des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) insbesondere eine Straffung des Genehmigungsverfahrens, eine Bündelung von Aufgaben und Optimierung von Verfahrensabläufen (vgl. Bundestagsdrucksache 19/4459 vom 24. September 2018, S. 46). Durch den Wegfall der zusammenfassenden Stellungnahme der Anhörungsbehörde soll das Verfahren im Mittel um insgesamt 126 Arbeitstage verkürzt werden. Konkrete Zahlen liegen mit Blick auf die erst am 7. Dezember 2020 auf das EBA übergegangene Zuständigkeit für das Anhörungsverfahren noch nicht vor.

9. Wie wirkt sich die neue Zuständigkeit des Eisenbahn-Bundesamtes auf Projekte nichtbundeseigener Eisenbahnen oder Projekte in Verbindung mit nichtbundeseigenen Eisenbahnen aus?

Dem EBA obliegt gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 BEVVG ausschließlich die Planfeststellung für Betriebsanlagen bundeseigener Eisenbahnen. Die Zuständigkeit für Planfeststellungs- und damit auch für Anhörungsverfahren für nichtbundeseigene Eisenbahnen liegt nach wie vor bei den Ländern.

10. Wieviel Personal ist beim EBA bis 2030 notwendig, um eine ausreichende Planungskapazität sowohl für die bisher geplanten Projekte als auch für zusätzliche Projekte im Zuge der Umsetzung des Ziels der Bundesregierung Verkehr auf die Schiene zu verlagern bereitzustellen?
 - a) Wie viel Personal ist derzeit beim EBA angestellt, wie sehen die konkreten Personalplanungen bis 2030 aus, und welche Bilanz zeigt die aktuell laufende Personalakquise?

- b) Wie hat sich der Personalbestand in den Auftragsverwaltungen für die Planung von Bundesfernstraßen von 2003 bis 2020 in Deutschland entwickelt?
- c) Welche Rolle spielt dabei, dass die Auftragsverwaltungen der Länder für die Planung von Bundesfernstraßen seit Jahrzehnten pauschal 3 Prozent der Baukosten erstattet bekommen?
- d) Welchen Anteil der Gesamtprojektkosten machten die Planungskosten für Bundesfernstraßen zwischen 2009 und 2020 aus, und wie hoch waren diese jeweils in absoluten Beträgen?
- e) Welcher Personalbestand ist bis 2030 im Fernstraßen-Bundesamt (FBA) in welchen Schritten geplant?
- f) Welcher Personalbestand ist bis 2030 im Fernstraßen-Bundesamt (FBA) in welchen Schritten für die Planung und Überwachung von Bundesautobahnen geplant?
- g) Wie viel dieses Personalbestandes wurde von den entsprechenden Länderbehörden direkt übernommen (bitte nach Bundesländern angeben)?

Die Fragen 10 bis 10g werden gemeinsam beantwortet.

Das EBA führt keine eigenen Planungen durch. Als Planfeststellungsbehörde entscheidet es auf Antrag eines Eisenbahninfrastrukturunternehmens, ob dessen Pläne für den Bau oder die Änderung seiner Eisenbahnbetriebsanlagen zulässig sind.

Zu Beginn des Jahres 2021 verfügte das EBA über insgesamt 240 Planstellen im Bereich Planfeststellung. Alle mit Haushaltsgesetzen 2020 und 2021 erhaltenen Planstellen im Bereich Planfeststellung sind entweder besetzt oder befinden sich im Ausschreibungsverfahren bzw. die Personalauswahl wurde getroffen. Die konkreten Personalplanungen für die Folgejahre obliegen dem Haushaltsgesetzgeber.

Zu Frage 10 b): Über den Anfragezeitraum von 2003 bis 2020 liegt dem BMVI keine einheitliche Erfassung der Länder zum abgefragten Personalbestand vor.

Der Personalbestand des FBA wird derzeit bis Ende 2022 wie folgt geplant:

Stand: 1. März 2021:	112 Personen im Dienst (auf 112,0 (Plan-)Stellen),
Plan 31. Dezember 2021:	insgesamt 359,5 besetzte (Plan-)Stellen,
Plan 31. Dezember 2022:	insgesamt 423 besetzte (Plan-)Stellen.

Zum Stand 1. März 2021 sind im FBA 48 Personen für Aufgaben der Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde eingestellt. Im Zuge des Personalübergangs nach dem Fernstraßen-Überleitungsgesetz wechselten 21 Beschäftigte von Ländern zum FBA (Hessen: 13; Schleswig-Holstein: 2; Sachsen: 1; Sachsen-Anhalt: 1; Niedersachsen: 3; Brandenburg: 1).

Die Länder erhalten durch den Bund die Zweckausgaben, die bei der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht entstehen, durch die Zahlung einer Pauschale abgegolten, die an Bundesstraßen 5 vom Hundert der Baukosten beträgt. Bei Bundesautobahnen sind es für die Jahre 2018–2020: sechs Prozent, für das Jahr 2021: fünf Prozent, für 2022: drei Prozent und für 2023: ein Prozent. Nach den vorhandenen Rückmeldungen der Länder sind keine Auswirkungen auf den Personalbestand gegeben.

Zu Frage 10d melden für Bundesfernstraßen in Auftragsverwaltung folgende Länder:

Bayern:

Für die Jahre 2009 und 2010 liegen keine Daten mehr vor. In den Jahren 2011 bis 2020 hatten die Planungs- und Bauleitungskosten für die Bundesfernstraßen in Summe von rd. 1 750 Mio. Euro einen Anteil von 14 Prozent an den Gesamtprojektkosten in Summe von rd. 12 460 Mio. Euro.

Brandenburg:

Der Anteil der Planungskosten für Bundesfernstraßen zwischen 2009 und 2020 an den Gesamtprojektkosten machten i. d. R. ca. 10 bis 15 Prozent der Baukosten aus. In den Jahren 2009 bis 2019 ergaben sich folgende absoluten Beträge:

Jahr	Planungskosten in Mio. Euro
2009	27,7
2010	28,6
2011	26,2
2012	23,5
2013	25,3
2014	23,0
2015	26,7
2016	33,9
2017	32,9
2018	35,0
2019	38,8

Hessen:

Jahr	Bauinvestitionen Bundesfernstraßen Euro	Personalkosten, Ingenieur-/ Fremdleistungen Euro
2012	616.894.876,76	66.016.950,48
2013	611.312.967,39	82.752.123,34
2014	625.816.847,87	78.718.614,43
2015	710.247.368,26	86.776.529,34
2016	649.289.616,72	93.724.226,91
2017	695.259.463,96	99.053.142,13
2018	743.142.769,23	97.135.263,16
2019	830.945.124,29	98.273.372,53

Mecklenburg-Vorpommern:

Jahr	Eingesetzte Werkvertragsmittel für Bundesfernstraßenplanungen	
	Absolut Euro	in Relation (Prozent) zum Bauvolumen
2009	19.290.000,00	14,31
2010	16.310.000,00	11,94
2011	16.382.000,00	13,39
2012	17.955.000,00	15,76
2013	18.804.000,00	14,63
2014	15.826.000,00	10,00
2015	16.157.000,00	7,67

Jahr	Eingesetzte Werkvertragsmittel für Bundesfernstraßenplanungen	
	Absolut Euro	in Relation (Prozent) zum Bauvolumen
2016	16.384.000,00	10,33
2017	16.966.000,00	9,92
2018	22.037.000,00	9,69
2019	22.922.000,00	12,34
2020	19.740.000,00	11,35

Niedersachsen:

Jahr	Planungskosten für externe Ingenieurbüros in Mio. Euro	Anteil an Baukosten in Prozent
2009	19,70	2,68
2010	18,97	3,08
2011	17,06	3,41
2012	16,41	2,89
2013	17,82	2,86
2014	21,54	3,50
2015	20,17	3,55
2016	23,23	3,67
2017	25,55	3,40
2018	26,52	3,21
2019	26,85	3,21
2020	23,67	3,21

Nordrhein-Westfalen:

Die Gesamtprojektkosten der zwischen 2009 und 2020 in einer Planungsphase oder im Bau befindlichen Projekte belaufen sich auf 2 870 Mio. Euro. Gesamtprojektkosten beziffern hierbei die reinen Bau- und Grunderwerbskosten excl. der Planungskosten. Die Planungskosten durch Vergabe an Dritte belaufen sich auf 18,4 Mio. Euro für den Zeitraum zwischen 2009 und 2020.

Rheinland-Pfalz:

Der Anteil der Planungs- und übrigen Projektbetreuungskosten an den Gesamtkosten einer Maßnahme beträgt bei einfachen großflächigen Fahrbahnsanierungen rd. 8 bis 12 Prozent bei zeit- und planungsintensiven kleinflächigen Ausbaumaßnahmen innerorts rd. 18 bis 25 Prozent.

Die absoluten Beträge für die Planungs- und übrigen Projektbetreuungskosten sind in der nachstehenden Tabelle nach externen und internen Kosten zusammengefasst:

Jahr	Bundesfernstraßen		
	Extern Mio. Euro	Intern Mio. Euro	Σ Mio. Euro
2009	15,1	38,6	53,7
2010	13,4	38,3	51,7
2011	14,4	40,7	55,1
2012	11,8	38,1	49,9
2013	10,7	36,9	47,7
2014	15,2	37,7	53,0

Jahr	Bundesfernstraßen		
	Extern Mio. Euro	Intern Mio. Euro	Σ Mio. Euro
2015	12,8	37,8	50,6
2016	17,6	38,4	56,0
2017	18,1	38,5	56,5
2018	18,7	37,3	56,0
2019	16,6	34,8	51,4
2020	14,9	37,9	52,9

Saarland:

Eine exakte statistische Erfassung zu den absoluten Beträgen im gewünschten Zeitraum liegt nicht vor. Der Anteil der Planungskosten betrug gemäß einer Prüfung des Landesrechnungshofes in den Jahren 2009 bis 2013 zwischen 11 bis 15 Prozent.

Sachsen:

Die kameralistische Haushaltsführung im Freistaat Sachsen sieht keine durchgängige Erfassung und Zuordnung der Planungskosten auf Einzelprojekte vor. Es wird auf die Anlage 4 verwiesen,* die hilfswise eine summarische Übersicht gibt. In dieser werden die anteiligen Ausgaben für Ingenieurleistungen den jährlichen Bauinvestitionen für die Bundesfernstraßen (entspricht den Ausgaben für alle Projekte) gegenübergestellt. Umfasst ist der Zeitraum ab Gründung des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr von 2012 – 2020.

Sachsen-Anhalt:

Da es in der Auftragsverwaltung Sachsen-Anhalt keine Kosten-Leistungsrechnung im Sinne eines Projektcontrollings gibt, können nicht die gesamten Planungskosten inkl. Verwaltungskosten/Personalkosten für Landespersonal erfasst werden, sondern lediglich die Ausgaben für die Beauftragung von Ingenieurbüros (Dienstleistungen Außenstehender). Exemplarisch wurden in der nachfolgenden Tabelle Bundesfernstraßenprojekte mit einer Fertigstellung aus den Jahren 2009 bis 2020 im Hinblick auf die angefallenen Planungskosten (Kosten für Dienstleistungen Außenstehender, ohne Personalkosten) ausgewertet.

Straße	Bezeichnung der Maßnahme	Baukosten [Mio. Euro]	Planungskosten [Mio. Euro]	Planungskosten [Prozent]
B 2/B100	OU Eutsch	15,981	2,012	12,59
B6n	OU Köthen PA 16	65,643	7,073	10,77
B 79	OU Halberstadt – Harsleben	40,500	4,054	10,01
B 81n	Egeln/Nord – B246a	17,303	1,138	6,58
B 107	Sandauer Brücke	10,704	0,917	8,57
B 184	Dessau-Roßlau	25,692	3,092	12,03
B 188	OU Oebisfelde, 1.BA	11,510	0,520	4,52
B 245	OU Bebertal	14,313	0,877	6,13
B 246a	OU Schönebeck 3.BA	45,616	3,460	7,59
A14	Neubau VKE 1.2	61,035	7,103	11,64
A14	Neubau VKE 1.3	91,230	9,659	10,59
Mittelwert				9,18

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/27459 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Schleswig-Holstein:

Je nach den Umständen des einzelnen Bundesfernstraßenprojektes ergaben sich unterschiedliche Höhen der Planungskosten. Aus den Erfahrungswerten der Auftragsverwaltung Schleswig-Holstein bei den Bundesfernstraßenprojekten im abgefragten Zeitraum ergab sich ein durchschnittlicher Anteil der Planungskosten von etwa 18 Prozent an den Gesamtprojektkosten.

11. Werden Daten früherer Verfahren sowie Anleitungen und Leitfäden für die Umsetzung des Umweltrechts in Deutschland derzeit auf digitalen Plattformen gesammelt und den zuständigen Verwaltungen zur Verfügung gestellt, und wenn ja, welche Plattformen sind das?

Im Bereich des Schienenverkehrs werden Informationen auf den Internetseiten des Eisenbahn-Bundesamtes veröffentlicht.

Auch bei der Planung von Bundesfernstraßen werden alle zur Verfügung stehenden Daten genutzt, wenn sie für das konkrete Vorhaben von Relevanz sind.

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) bereitet zudem die Ausschreibung einer auf künstlicher Intelligenzbasierter Wissensplattform vor, die den Vorhabenträgern und Genehmigungsbehörden alle vorliegenden Informationen zum Umgang mit geschützten Arten nutzerfreundlich zur Verfügung stellen soll. Sie wird auch Daten aus früheren Planungs- und Genehmigungsverfahren enthalten. Die Vergabeunterlagen sollen zeitnah veröffentlicht werden.

12. Will das BMVI die 2017 eingerichteten UVP-Portale des Bundes und der Länder ergänzen und Zulassungsentscheidungen archivieren, um es als gemeinsames „UVP-Gedächtnis“ zu nutzen und um die Expertise der Umweltverbände, ihr Wissen und ihre Datenbestände zur Verfügung stellen zu können, und wenn nein, warum nicht?

Die UVP-Portale des Bundes und der Länder sind ein hilfreiches Instrument, um den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Informationen über Infrastrukturvorhaben zu erleichtern. Die Nutzung als permanent aktualisiertes und vollständiges Archiv können die Portale nicht leisten.

13. Welche der folgenden Ansätze, um das Umweltrecht besser handhabbar zu machen sowie bessere und rechtssichere Planungsverfahren zu erreichen, werden vom BMVI angestrebt oder bereits praktiziert:
 - a) kooperative Zusammenarbeit mit anerkannten Umweltverbänden auf digitalen Plattformen,
 - b) aktuelle Anwendungsleitfäden zum Umweltrecht,
 - c) Veröffentlichung von Empfehlungen zu den ökologischen Erhebungs- und Bewertungsverfahren?

Die Fragen 13 bis 13c werden gemeinsam beantwortet.

Ziel der Bundesregierung ist es, Planungen von Infrastrukturvorhaben schneller, besser, rechtssicherer und unter Beteiligung aller Betroffenen und Wissens-träger durchzuführen.

Anwendungsleitfäden und Auslegungshilfen zum Umweltrecht werden in einem ständigen Prozess aktualisiert. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 11 verwiesen.

14. Wie viele Bundesschiene- und Fernstraßenvorhaben zwischen 2009 und 2020 mussten vor Gericht verhandelt werden (bitte absolute sowie relative Zahlen angeben)?
- Wie viele Monate beanspruchte die gerichtliche Befassung jeweils (bitte in 25-Prozent-Quantilen angeben)?
 - Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen der Dauer der Gerichtsverfahren sowie der Verzögerung der Planungen einerseits und der personellen Ausstattung der zuständigen Gerichte andererseits?
 - Plant die Bundesregierung, die personelle Situation der Gerichte zu verbessern, und wenn ja, wie, und wenn nein, warum nicht?
 - Wie haben sich die Haushaltsmittel im Zeitraum von 2009 bis 2019 (zehn Jahre) für Personal am Bundesverwaltungsgericht entwickelt (bitte nach einzelnen Personalgruppen aufschlüsseln), und wie viel Mittel sind davon tatsächlich abgeflossen?

Die Fragen 14 bis 14d werden gemeinsam beantwortet.

Die Gerichtsverfahren beanspruchten im Bereich Schiene nach Auskunft der DB AG folgende Zeiten:

Gerichtsverfahren		Zeitbedarf für die gerichtliche Befassung (25 %-Quantile)
Jahr *	Anzahl	
2011	1	6 Monate
2012	–	–
2013	2	1 Jahr
2014	4	1 Jahr, 4 Monate
2015	2	1 Jahr, 10 Monate
2016	3	9 Monate
2017	4	2 Jahre, 9 Monate
2018	14	2 Jahre
2019	6	3 Jahre
2020	5	11 Monate
noch laufend	11	noch keine zahlenmäßige Angabe des Quantils möglich

* Die angegebene Jahreszahl bezeichnet jeweils das Ende des Verfahrens.

Für den Bereich der Bundesfernstraßen in Auftragsverwaltung melden folgende Länder für Gerichtsverfahren gegen die Zulassungsentscheidung (keine Vergabe oder Baurechtsstreitigkeiten; die angegebene Jahreszahl bezeichnet jeweils das Ende des Verfahrens; bei noch laufenden Verfahren keine Angabe des Quantils möglich):

Berlin:

Gerichtsverfahren		Zeitbedarf für die gerichtliche Befassung (25-%-Quantil)
Jahr	Anzahl	
2010	1	19 Monate

Hessen:

Gerichtsverfahren		Zeitbedarf für die gerichtliche Befassung (25-%-Quantil)
Jahr	Anzahl	
2009	4	1 Jahr 5 Monate
2010	6	9 Monate
2011	1	10 Monate
2012	7	1 Jahr 11 Monate
2013	7	7 Monate
2014	4	1 Jahr 6 Monate
2015	4	1 Jahr 3 Monate
2016	1	2 Monate
2017	1	8 Monate
2018	4	4 Jahre 7 Monate
2019	3	4 Jahre 2 Monate
2020	4	7 Monate
noch laufend	6	–

Mecklenburg-Vorpommern:

Gerichtsverfahren		Zeitbedarf für die gerichtliche Befassung (25-%-Quantil)
Jahr	Anzahl	
2009	0	–
2010	0	–
2011	0	–
2012	0	–
2013	0	–
2014	1	1 Jahr
2015	0	–
2016	0	–
2017	3	1 Jahr
2018	1	2 Jahre
2019	0	–
2020	1	4 Jahre
noch laufend	2	–

Niedersachsen:

Gerichtsverfahren		Zeitbedarf für die gerichtliche Befassung (25-%-Quantil)
Jahr	Anzahl	
2009	3	1 Jahr
2010	3	1 Jahr
2011	3	1 Jahr
2012	–	–
2013	3	1 Jahr 6 Monate
2014	3	3 Jahre
2015	2	1 Jahr 7 Monate
2016	5	1 Jahr 6 Monate
2017	1	3 Jahre
2018	1	1 Jahr
2019	13	1 Jahr 6 Monate

Gerichtsverfahren		Zeitbedarf für die gerichtliche Befassung (25-%-Quantil)
Jahr	Anzahl	
2020	1	1 Jahr 6 Monate
noch laufend	6	–

Nordrhein-Westfalen:

Gerichtsverfahren		Zeitbedarf für die gerichtliche Befassung*
Jahr	Anzahl	
2009	5	18 Monate
2010	4	19 Monate
2011	4	12 Monate
2012	6	12 Monate
2013	3	1 Monate
2014	6	36 Monate
2015	3	1 Monate
2016	1	48 Monate
2017	6	11 Monate
2018	5	7 Monate
2019	8	6,5 Monate
2020	2	17 Monate
noch laufend	8	–

* Aufgrund der teilweise sehr geringen Anzahlen in den Verteilungen der einzelnen Jahre wurde auf eine Angabe der 25 %-Quantile verzichtet, da diese nach Auskunft des Landes nicht aussagekräftig sind.

Rheinland-Pfalz:

Gerichtsverfahren		Zeitbedarf für die gerichtliche Befassung (25-%-Quantil)
Jahr	Anzahl	
2009	2	10 Monate
2010	1	3 Monate
2011	1	6 Monate
2012	1	Jahr, 6 Monate
2013	2	1 Jahr, 6 Monate
2014	1	3 Jahre
2015	3	3 Jahre, 5 Monate
2016	–	–
2017	–	–
2018	3	7 Monate
2019	1	4 Monate
2020	1	2 Jahre, 5 Monate

Sachsen:

In dem Zeitraum liegen insgesamt zehn Gerichtsverfahren. Der Mittelwert für die Verfahrensdauer liegt bei 51 Monaten. Das 25-Prozent-Quantil beträgt sieben Monate.

Sachsen-Anhalt:

In Sachsen-Anhalt wurden 41 Klagen im Zeitraum zwischen 2009 und 2020 zu Straßenprojekten erhoben.

Gerichtsverfahren		Zeitbedarf für die gerichtliche Befassung (Summe über die Zeitdauer der Einzelverfahren)
Jahr *	Anzahl	
2009	0	–
2010	3	39 Monate
2011	5	41 Monate
2012	3	3 Monate
2013	2	12,5 Monate
2014	3	64 Monate
2015	2	3 Monate
2016	11	261 Monate
2017	1	14 Monate
2018	4	12 Monate
2019	5	30 Monate
2020	2	24,5 Monate
noch laufend	3	–

Land Schleswig-Holstein:

Gerichtsverfahren		Zeitbedarf für die gerichtliche Befassung (25-%-Quantil)
Jahr	Anzahl	
2009	–	–
2010	2	1 Jahr 3 Monate, sowie 5 Monate
2011	–	–
2012	–	–
2013	–	–
2014	–	–
2015	2	2 Jahre, sowie 2 Monate
2016	–	–
2017	–	–
2018	–	–
2019	–	–
2020	1*	1 Jahr 6 Monate
2020	1	1 Jahr 6 Monate
noch laufend	4	–

* Das gerichtliche Verfahren zum Vorhaben der festen Fehmarnbeltquerung (FBQ) wurde trotz der Führung des eisenbahnrechtlichen Planungsrechts durch das Amt für Planfeststellung Verkehr durchgeführt.

Beim seit dem 1. Januar 2021 zuständigen FBA wurden bislang keine Klageverfahren geführt.

Die Dauer verwaltungsbehördlicher und verwaltungsgerichtlicher Verfahren hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, insbesondere von der Komplexität des Sachverhalts und der sich stellenden Rechtsfragen. Infrastrukturvorhaben, die Schienen- und Straßenprojekte auf Bundesebene betreffen, sind regelmäßig durch eine hohe Komplexität gekennzeichnet.

Im Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz zum Pakt für den Rechtsstaat vom 31. Januar 2019 haben Bund und Länder verschiedene Maßnahmen zur nachhaltigen und dauerhaften Stärkung des Rechtsstaats vereinbart. Der Pakt sieht einen Personalzuwachs bis Ende 2021 von insgesamt 2 000 neuen Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte vor. Hinzu kommen weitere Stellen für das notwendige Personal im nicht-richterlichen und nicht-staatsanwaltschaftlichen Bereich.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung mit dem Gesetz zur Beschleunigung von Investitionen vom 3. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2694) Maßnahmen auf den Weg gebracht, die der Beschleunigung verwaltungsgerichtlicher Verfahren dienen. Die Sollansätze der Hauptgruppe 4 können den jeweiligen Haushaltsplänen des Bundes entnommen werden. Die Ist-Ausgaben in der Hauptgruppe 4 können der jeweiligen Haushaltsrechnung entnommen werden.

15. Liegen bereits Klagen gegen das Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz vor (bitte näher ausführen), und wenn nein, sind der Bundesregierung bereits Klageankündigungen bekannt?

Der Bundesregierung sind aktuell weder Klagen noch Klageankündigungen bekannt.

16. Werden bei der Strategischen Umweltprüfung (SUP) von Verkehrsinvestitionen und Verkehrsprojekten kooperative Verfahren wie Workshops oder dialogische Formate genutzt?

Die Umweltauswirkungen werden im Zuge der Aufstellung des BVWP auf der Ebene einzelner Projekte ermittelt, beschrieben und bewertet. Der BVWP 2030 wurde erstmalig einer SUP gemäß § 33 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unterzogen, in deren Rahmen auch eine Beteiligung der betroffenen Behörden sowie der Öffentlichkeit erfolgte.

17. Teilt die Bundesregierung die Rechtsauffassung der EU-Kommission (vgl. Reaktion der Europäischen Kommission auf die „Beschwerde des BUND e. V. vom 26. August 2016 gegen die Bundesrepublik Deutschland“ vom 5. August 2019, ENV.E3/CT/ad/CHAP(2016)2839), dass die Bedarfsgesetze und nicht der rechtlich unverbindliche Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 einer SUP unterzogen werden müssen?

Wenn ja, warum?

Wenn nein, warum nicht?

Die Reaktion der EU-Kommission ist der Bundesregierung nicht bekannt.

18. Wird die Bundesregierung entsprechend bei der Fortschreibung des Bedarfsplans im Jahre 2021/22 beim Fernstraßenbaugesetz sowie beim Schienenwegebauausbaugesetz eine SUP nachholen?

Wenn ja, in welchem Umfang?

Wenn nein, warum nicht?

Das BMVI wird, wie durch das UVPG festgelegt, für den BVWP 2030 ein SUP-Monitoring einrichten. Dieser eigenständige Prozess ist grundsätzlich unabhängig und getrennt von der ebenfalls vorgesehenen nächsten Überprüfung der drei Bedarfspläne für die Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasserstraße.

19. Welche Möglichkeiten der Planungsbeschleunigung durch frühe Öffentlichkeitsbeteiligung sollen künftig nach Auffassung der Bundesregierung im Fernstraßenbau (Bundesautobahnen und Bundesstraßen in der Auftragsverwaltung der Länder), des Schienenausbaus sowie des Baus von Fahrradwegen in Bundeszuständigkeit künftig genutzt werden, und wie plant sie, diese verbindlich zu implementieren?
- Welche kooperativen bzw. dialogischen Bausteine des „Handbuchs für eine gute Bürgerbeteiligung“ des BMVI wurden seit 2015 genutzt (bitte differenziert nach Schienen- und Straßenprojekten angeben)?
 - Findet die Öffentlichkeitsbeteiligung im Raumordnungsverfahren seit 2018 bisher nur im Rahmen der Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme statt oder werden auch Konsultations- und Erörterungstermine angeboten (bitte differenziert nach Schienen- und Straßenprojekten angeben), und wenn ja, wie oft?
 - Wie häufig, gemessen an der Gesamtzahl geplanter Projekte, wurden informelle Verfahren im Rahmen von Raumordnungsverfahren genutzt (bitte differenziert nach Schienen-, Straßen- und Fahrradwegprojekten angeben)?
 - Wie häufig, gemessen an der Gesamtzahl geplanter Projekte, wurden seit 2013 informelle Verfahren als frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung genutzt (bitte differenziert nach Schienen-, Straßen- und Fahrradwegprojekten angeben)?
 - Wie häufig, gemessen an der Gesamtzahl geplanter Projekte, wurden informelle Verfahren im Rahmen von Planfeststellungsverfahren genutzt (bitte differenziert nach Schienen-, Straßen- und Fahrradwegprojekten angeben)?
 - Wie häufig, gemessen an der Gesamtzahl geplanter Projekte, wurden Mediationsverfahren im Rahmen von Planfeststellungsverfahren genutzt (bitte differenziert nach Schienen-, Straßen- und Fahrradwegprojekten angeben)?

Die Fragen 19 bis 19f werden gemeinsam beantwortet.

2012 hat das BMVI das „Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung“ veröffentlicht, 2013 hat der Gesetzgeber die Hinwirkungspflicht der Behörden zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung im § 25 Absatz 3 VwVfG festgeschrieben.

Für den Bereich Schiene hat die DB AG 2014 den „Leitfaden Stakeholderkommunikation zur Verbesserung der Akzeptanz von Infrastrukturprojekten“ implementiert. Auf diesen Grundlagen wird bei der Planung von Aus- und Neubauvorhaben eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt. Für die Beteiligung werden – angepasst an das jeweilige Projekt und Projektumfeld – unterschiedliche Formate der Information, Konsultation und Kooperation eingesetzt. Bei allen großen Aus-/Neubauvorhaben werden kooperative bzw. dialogische Formate genutzt. Die Instrumente der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung werden auch zur Vorbereitung und Begleitung der Raumordnungsverfahren genutzt.

Für den Bundesfernstraßenbau hat das BMVI den Ländern wie auch der Autobahn GmbH des Bundes die Anwendung der Maßnahmen des Handbuchs für eine gute Bürgerbeteiligung empfohlen. Sie soll erfolgen, wenn ein Vorhaben wesentliche Auswirkungen auf die Belange einer größeren Zahl von Dritten haben kann. Die Länder machen hiervon regelmäßig Gebrauch und verwenden angepasst an das jeweilige Projekt und Projektumfeld unterschiedliche Formate der Information und Einbindung der Öffentlichkeit (z. B. Dialogforum Fehmarnbelt, abrufbar unter: <https://www.fehmarnbelt-dialogforum.de/>). Informelle Verfahren im Sinne von Absprachen und Einigungsversuche des Trägers des Vorhabens mit Betroffenen oder Fachbehörden sind der Regelfall. Es werden

auch fachspezifische Dialoge geführt oder Arbeitskreise zu Einzelthemen eingerichtet wie z. B. für den Bau der Bundesautobahn A 20, Abschnitt 3 (Weede bis Wittenborn) einen „Fledermausdialog“ oder für den Abschnitt 6 (L 114 bis AK A 7/A 23) einen Arbeitskreis mit Experten und Ortskundigen (<https://www.deges.de/projekte/projekt/a-20-neubau-in-schleswig-holstein/>). Mediationsverfahren werden vereinzelt im Rahmen von Gerichtsverfahren genutzt. Zahlenmäßige Erfassungen liegen nicht vor. Als seit dem 1. Januar 2021 zuständige Vorhabenträgerin für die Planung von Bundesautobahnen und Bundesstraßen in Bundesverwaltung etabliert die Autobahn GmbH des Bundes transparente Planungsprozesse unter Einbindung der Öffentlichkeit.

Raumordnungsverfahren für Bundesfernstraßenprojekte werden nicht von den Ländern in Auftragsverwaltung geführt.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen. Darüber hinaus liegen der Bundesregierung keine weiteren Informationen vor.

20. Welche Beschleunigungsmöglichkeiten für die Planung des bundesweiten Baus von Fahrradparkhäusern (etwa an allen Fernbahnhöfen) sieht die Bundesregierung, und welche Planungsbeschleunigungsmöglichkeiten ergeben sich, wenn die DB AG die Planungen zentral übernimmt?

Die Planung des Baus von Fahrradabstellanlagen liegt in der Zuständigkeit der Länder und Kommunen. Das BMVI fördert im Rahmen seiner Finanzhilfe „Sonderprogramm Stadt & Land“ sowohl Abstellanlagen als auch Fahrradparkhäuser. Es ist geplant, eine Informationsstelle einzurichten, damit die für die Länder und Kommunen relevanten Informationen schnellstmöglich und konzentriert an einer Stelle zur Verfügung gestellt werden können. Die entsprechende Ausschreibung soll in Kürze durch das Bundesamt für Güterverkehr erfolgen.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) fördert im Rahmen der Kommunalrichtlinie der Nationalen Klimaschutz Initiative (NKI) die Bike+Ride Offensive in Kooperation mit der DB AG. Damit soll der Auf- und Ausbau von Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen für Kommunen erleichtert werden. Die NKI stellt für die zuwendungsfähigen Investitions- und Installationsausgaben einen Bundeszuschuss von bis zu 70 Prozent und für finanzschwache Kommunen von bis zu 100 Prozent bereit. Die DB AG prüft die Flächenverfügbarkeit und sorgt für mietfreie Gestattungsverträge mit den Kommunen, unterstützt bei der Förderantragstellung sowie bei der Planung und Montage der Radabstellanlagen.

21. Welche konkreten Beschleunigungseffekte erwartet das BMVI von der im Investitionsbeschleunigungsgesetz beschlossenen Entbindung von der UVP-Pflicht beziehungsweise von der Ermöglichung vereinfachter standortbezogener UVP-Prüfungen?

Es wird erwartet, dass die Elektrifizierung von Schienenstrecken und weitere kleinere Baumaßnahmen deutlich schneller realisiert werden können. Die gesetzlichen Änderungen sehen für kleine Schienenprojekte im Einzelfall den Wegfall einer Umweltverträglichkeitsprüfung bzw. nur noch eine Vorprüfung vor. Es wird geschätzt, dass durch die Befreiung von der Planfeststellungs- bzw. Plangenehmigungspflicht ein Drittel der Bearbeitungszeit entfällt. Dies entspricht einer erwarteten Einsparung von 95 Tagen.

22. Ist das BMVI bereit, eine empirische Studie auf Bundesebene beispielsweise analog zur o. g. Studie von Prof. Jan Ziekow u. a. „Dauer von Zulassungsverfahren“ aus dem Jahre 2005 über die Ursachen langer Planungsdauern und den Wirkungen bisheriger oder anderer, möglicherweise wirksamerer, Beschleunigungsmaßnahmen auf Projekte in Baden-Württemberg in Auftrag zu geben?

Falls ja, wann ist das geplant?

Falls nein, warum erachtet es die Bundesregierung für nicht notwendig die Wirkung von ihr vorgeschlagenen und umgesetzten Maßnahmen zu evaluieren?

23. Welche weiteren Gesetze zur Planungsbeschleunigung plant die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode, beziehungsweise an welchen Stellen sieht die Bundesregierung noch Verbesserungsbedarf bei den bereits bestehenden Planungsbeschleunigungsgesetzen?

Die Fragen 22 und 23 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Gesetze zur Planungsbeschleunigung, die in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht wurden, werden in den jeweils vorgesehenen Fristen einer Evaluierung unterzogen.

Anlage 1

Laufende und fest disponierte Vorhaben	Teilmaßnahmen	Stand (Legende)
L05 ABS Berlin–Dresden (1. und 2. Baustufe)	Bahnhof Zossen 2. Baustufe (vollst. 200 km/h)	Lph 3-4 Lph 3-4
L09 ABS/NBS Nürnberg–Erfurt (VDE 8.1)	ABS Eggolsheim–Strullendorf (PFA 21) Knoten Bamberg Güterzugstrecke Maßnahmen zur Geschwindigkeitserhöhung	Lph 3-4 Lph 3-4 Lph 3-4 Lph 1-2
L11 ABS Leipzig–Dresden (VDE 9)	3. Baustufe: ABS Kottwitz–Weinböhlen 3. Baustufe: ABS Röderau–Zeithain 3. Baustufe: Knoten Riesa 3. Baustufe: Kreuzungsbauwerk Dresden	Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 3-4
L13 ABS Karlsruhe–Stuttgart–Nürnberg–Leipzig/Dresden	Dresden Altstadt (e) – Freital Ost (a) Bf Zwickau	Lph 1-2 Lph 1-2
L17 Kehl–Appenweiler	ESTW Grobau 2. Baustufe, PFA 2 inkl. ETCS Gesamtstrecke 2. Baustufe, PFA 3-5 ohne ETCS	Lph 1-2 Lph 3-4
L22 ABS München–Mühldorf–Freilassing	PFA 1b) Truderinger Kurve PFA 1b) Zgl. Ausbau Markt Schwaben - Ampfing PFA 1b) Elektrifizierung Markt Schwaben-Tüßling PFA 1b) Elektrifizierung Tüßling-Burghausen PFA 1b) Elektrifizierung und Ausbau 200 km/h Tüßling-Freilassing Walperkirchener Spange	Lph 3-4 Lph 3-4 Lph 3-4 Lph 3-4 Lph 3-4 Lph 3-4
L24 ABS/NBS Karlsruhe–Offenburg–Freiburg–Basel	SIA 7A, Pfa 7.1: Appenweiler - Hohberg SIA 7B, Pfa 7.2-7.4: Hohberg - Kenzingen SIA 8A NBS, Pfa 8.0-8.4: Kenzingen - Müllheim SIA 8B ABS, Pfa 8.5-8.9: Teningen - Buggingen	Lph 3-4 Lph 1-2 Lph 3-4 Lph 1-2
L26 Knoten Magdeburg (Umbau Gleisanlagen)	2. Baustufe (Umbau Gleisanlagen, Spurplan Nord)	Lph 1-2
L30 ABS (Amsterdam)–Grenze D/NL–Emmerich–Oberhausen	2. Baustufe (Umbau Gleisanlagen, Spurplan Süd)	Lph 3-4
L36 Knoten Frankfurt/Main	Knoten Oberhausen (Abschnitt 5) und Zgl. Ausbau im Planfeststellungsverfahren Fernbahntunnel	Lph 3-4 Lph 1-2
L36 Knoten Hamburg	Neubau Bahnsteig HH Hbf Gleis 9, Abstellanlage Wandsbek, S4 West Altona-Nord, Bahnsteiggleis Elmshorn, westl. Umfahrung Maschen, Nordkopf Harburg, Kreuzungsbauwerk Wilhelmsburg, Meckelfeld, Ausbau S4 Hasselbrook-Ahrensburg,	Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 3-4 Lph 3-4
L36 Knoten Mannheim (Kapazitätserweiterung, Qualität)	4gl. Ausbau HD Hbf-HD Wieblingen 1gl. elektr. Neubau BASF Gbf-Worms (Studentenheimer Kurve) 740 m U-Gleis in Ludwigshafen Hbf Kreuzungsbauwerk Friedrichsfeld Puffergleis Neu-Eddingen, Achsverswenkung MA Hbf	Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 1-2

Seite 1 von 5

Anlage 1

L36	Laufende und fest disponierte Vorhaben	Teilmaßnahmen	Stand (Legende)
	Knoten München	Westkopf MU-Pasing 4gl. Ausbau Daglfing-Johanneskirchen Ausbau Bahnhof Trudering (ehem. Truderinger Spange) 2gl. Neubau MU Daglfing - MU Riem (Daglfinger Kurve)	Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 3-4

Anlage 1

Neue Vorhaben		Teilmaßnahmen	Stand (Legende)
N02	ABS/NBS Hanau–Würzburg/Fulda–Erfurt	4gl. Ausbau Hanau-Gelbhausen 2gl. Neubau Gelbhausen-SFS Fulda/Würzburg 2gl. Aus-/Neubau Fulda-Gerstungen	Lph 3-4 Lph 1-2 Lph 1-2
N03	ABS/NBS Hamburg-Hannover, ABS Langwedel-Uelzen, ABS Rotenburg-Verden-Minden/Wunstorf, ABS Bremerhaven-Bremen-Langwedel (Optimiertes Alpha-E+ Bremen)	Abs. 1: 3gl. Ausbau Lüneburg-Uelzen, Ausbau auf 230/250 km/h Ashausen-Uelzen-Zelle Abs. 2: 2gl. Ausbau Rotenburg - Verden Abs. 3: Blockverdichtung Verden-Nienburg-Wunstorf/Minden und Celle - Lehrte, Ausbau auf 230 km/h Celle -Hannover-Vienhorst Abs. 4: Langwedel-Uelzen, 3gl. Ausbau Langwedel-Bremen Sebaldsbrück und Bremen Rbf- Bremen Burg, Blockverdichtung Stubben-Brhv Wulsdorf - Brhv Speckenbüttel	Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 1-2
N04	Korridor Mittelrhein: Zielnetz I (umfasst u.a. NBS/ABS Mannheim-Karlsruhe, NBS Frankfurt-Mannheim, ABS Köln/Hagen-Siegen-Hanau)	HA-SI-HA: Lichttraumprofilenweiterung Tunnel der Strecke Hagen-Siegen-Haiger, FFM-MA: 4gl. Ausbau Ffm Stadion-Zeppelinheim (3 BS Ffm Stadion) FFM-MA: PFA 0 2gl. Neubau u. Elektr. Wallauer Spange FFM-MA: PFA 1 Zeppelinheim-Darmstadt FFM-MA: PFA 2 Darmstadt, PFA 5 Lorsch-Landesgrenze BW, PFA 6 Landesgrenze BW-MA Waldhof), FFM-MA: PFA 3 Sandbach-Pfungstadt, 4 Pfungstadt-Lorsch MA-KA: 2.Gleis MA-Käfertal - MA Rbf und kapazitätssteigernde Maßnahmen (innerer Bereich des Knoten Mannheim) MA-KA: 4gl. Ausbau/ 2gl. Neubau Molzau-Graben Neudorf-Karlsruhe, MA-KA: 3gl. Ausbau Karlsruhe-Durmersheim	Lph 1-2 Lph 3-4 Lph 3-4 Lph 3-4 Lph 1-2 Lph 3-4 Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 1-2
N07	ABS/NBS München-Rosenheim-Kieferfelden-Grenze D/A (-Kufstein)	Gesamtvorhaben	Lph 1-2
N09	ABS/NBS Hamburg–Lübeck–Puttgarden	Ersatzneubau Fehmarnsundbrücke 2gl. Aus-/Neubau Bad Schwartau - Puttgarden zusätzl. Überholgleise im Lübeck Gbf	Lph 1-2 Lph 3-4 Lph 1-2
N11	ABS Nürnberg-Passau	3gl. Ausbau Regensburg Hbf-Obertraubling	Lph 1-2
N12	ABS Paderborn-Halle (Kurve Mönchehof-Ihringshausen)	Gesamtvorhaben	Lph 1-2
N13	ABS/NBS Hannover-Bielefeld	Gesamtvorhaben	Lph 1-2
N14	ABS Nürnberg–Marktredwitz–Hof/Grenze DE/ČZ (–Prag) (Franken-Sachsen-Magistrale)	PA 2: Hof-Marktredwitz (siehe auch N16) PA 3: Nürnberg-Marktredwitz PA 4: Marktredwitz-Grenze	Lph 3-4 Lph 1-2 Lph 1-2
N15	ABS Uelzen–Stendal-Magdeburg-Halle (Ostkorridor Nord)	2gl. Einbindung Bf Stendal und Ausbau Str. bis Steinfeld, 2gl. Ausbau Steinfeld-Hohenwulsch, Salzwedel-Uelzen, Blockverdichtung Stendal-Rogätz u. Schönebeck-Halle,	Lph 1-2 Lph 3-4 Lph 1-2
N16	ABS Hof–Marktredwitz–Regensburg-Obertraubling (Ostkorridor Süd)	a) Hof-Marktredwitz b) Marktredwitz-Regensburg c) 3gl. Ausbau Regensburg Hbf-Obertraubling	Lph 3-4 Lph 1-2 Lph 1-2

Anlage 1

Neue Vorhaben		Teilmaßnahmen	Stand (Legende)
N17-N19	Rhein-Ruhr-Express (RRX)	PFA 2.0: Düsseldorf-Heilerhof - Düsseldorf-Reisholz PFA 2.1: Düsseldorf-Reisholz - Düsseldorf-Wehrhahn PFA 3.0: Düsseldorf-Wehrhahn - Düsseldorf-Unterrath PFA 3.0a: Düsseldorf-Unterrath - Düsseldorf-Kalkum PFA 3.1: Düsseldorf-Kalkum - Düsseldorf-Angermund PFA 3.2: Düsseldorf-Angermund - Duisburg Schlenk PFA 3.2a: Duisburg Schlenk - Duisburg Hbf PFA 3.3: Duisburg Hbf - Duisburg Kaiserberg PFA 5a: Stadtgebiet Essen PFA 5b: Stadtgebiet Bochum PFB 6: Stadtgrenze Bochum/Dortmund-Dortmund Bbhf	Lph 3-4 Lph 3-4 Lph 3-4 Lph 3-4 Lph 3-4 Lph 3-4 Lph 3-4 Lph 3-4 Lph 3-4 Lph 3-4 Lph 1-2 Lph 3-4
N20	ABS Angermünde – Grenze D/PL (-Stettin)	PFA 1: Angermünde - Passow (Elektrifizierung)	Lph 3-4
N21	ABS Hannover–Berlin (Lehrter Stammbahn)	PFA 2: Passow - Grenze D/PL (2gl. Ausbau u Elektrifizierung)	Lph 3-4
N22	ABS/NBS Ulm–Augsburg	Gesamtvorhaben	Lph 1-2 Lph 3-4
N23	ABS Stuttgart–Singen–Grenze D/CH (Gäubahn)	Gesamtvorhaben 2gl. Ausbau Rotweil-Neufra Güterverkehrstauglicher Ausbau 2gl. Ausbau Horb-Neckarhausen	Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 3-4

Anlage 1

Potenzieller Bedarf		Teilmaßnahmen	Stand (Legende)
PB17	ABS Landshut – Plattling	Gesamtvorhaben	Lph 1-2
PB18a	ABS Lübeck – Schwerin/	Gesamtvorhaben	Lph 1-2
PB20	ABS Weimar – Gera – Gößnitz	Gesamtvorhaben	Lph 1-2
PB21	ABS Regensburg – Mühldorf	Gesamtvorhaben	Lph 1-2
PB22	ABS Niebüll – Klanxbüll	Gesamtvorhaben	Lph 1-2
PB26	NBS Dresden – Prag	Gesamtvorhaben	Lph 1-2
PB27	NBS Lehrte / Hameln – Braunschweig – Magdeburg – Rolflau	Gesamtvorhaben	Lph 1-2
PB28	ABS Cuxhaven – Stade	Gesamtvorhaben	Lph 1-2
PB31	ABS Leipzig – Chemnitz	Gesamtvorhaben	Lph 1-2
PB37	Weitere Streckenmaßnahmen zur Engpassauflösung (hier: Überholgleise für 740m-Züge)	Teilmaßnahmen	Lph 1-2 Lph 3-4
PB40	Knoten Hannover	Neubau Bahnsteige u. Anpassg. Gleisvorfeld Hann. Hbf Neubau Verbindungsgleis Lehrte West Neubau Durchfahrtsgleis in Lehrte	Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 1-2
PB41	Knoten Köln	Neubau S-Bahn Westspange, Abzw. Flughafen - Steinstrasse (Verlängerung NBS Köln-Rhein/Main), Troisdorf Überwerfungsbauwerk, Überwerfungsbauwerk Köln-Grenberg und Hürth-Kalscheuren, Ausbau s.d. Gummersbacher Straße (ASG)	Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 1-2 Lph 3-4

Anlage 2

Freistaat Bayern

Es wurden laufende Projekte an Bundesstraßen in den Bereich Neu-, Um- und Ausbau mit Baukosten größer 1 Mio. Euro ausgewertet. Hier befinden sich derzeit 340 Projekte in Planung. Die einzelnen Projekte und der jeweilige Planungsstand können der Tabelle entnommen werden.

Straße	Bezeichnung	akt Stand
B 2	Umbau KR Kaisersäule Puch	Projektbearbeitung Planfeststellung unterbrochen
B 13	A92 AS Unterschl. - St2339 Maisteig	Vorplanung
B 301	Nordostumfahrung Freising	Verkehrsfreigabe
B 301	Ausb. A92 - Marzling	Vorentwurfsplanung
B 301	Verlegung bei Einzelhausen	Beantragung der Planfeststellung
B 301	Ausbau bei Hallbergmoos	Projektbearbeitung Vorentwurf unterbrochen
B 304	Ausbau Knotenpunkt mit B 471 - OD Haar	Vorentwurfsplanung
B 388	OU Taufkirchen (Vils)	Bauvorbereitung
B 388	OU Erding	Vorplanung abgeschlossen
B 388	OU Moosinning	Vorentwurfsplanung
B 388	Ausb. Knoten Berghamer Str. Erding	Projektbearbeitung Vorentwurf unterbrochen
B 471	Esting - Geiselbullach	Vorplanung
B 471	Fürstenfeldbruck Ost - Esting	Vorplanung
B 471	Dachau - A 92	Vorplanung
B 471	St 2350 - Ismaning	Vorplanung
B 471	Ausb. nördl. A 99 Birkenhof	Projektbearbeitung Bauphase unterbrochen
B 13	4-streifiger Ausbau L2214 (Gabel) - Friedrichshofen	Vorplanung
B 13	Ortsumgehung Unsernherrn	Vorplanung
B 13	3-str. Ausbau nördlich Eitensheim	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 13	3-strf. Ausbau westl. Ferdinandsfeld	Projektbearbeitung Voruntersuchung unterbrochen
B 13	Höhenfreimachung nördl. Eitensheim	Vorplanung
B 16	Ausbau L 2043 - B 13	Vorplanung
B 16	Neuburg - L 2043 (Verlegung Marienheim)	Vorplanung
B 16	4-streifiger Ausbau zwischen B 13 und A 9	Vorentwurfsplanung
B 16	Höhenfreimachung Südparkzufahrt Neuburg	Baubeginn
B 16	3. Fahrstreifen östlich Birkenheide	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 16	3. Fahrstreifen östlich Münchsmünster	Vorplanung

Anlage 2

B 16	Umbau A 9 AS Manching	Vorentwurfsplanung
B 299	Kreisverkehr Beilngries Brandkreuzung	Vorentwurfsplanung
B 300	Ortsumgehung Weichenried	Baubeginn
B 300	Höhenfreimachung Mitterweg bei Schrobenhausen	Vorentwurfsplanung
B 300	3. Fahrstreifen östlich Waidhofen	Vorentwurfsplanung
B 300	3. Fahrstreifen östlich Peutenhausen	Vorentwurfsplanung
B 300	3. Fahrstreifen westlich und östlich Weichenried	Baubeginn
B 300	Umbau PAF 21 bei Reichertshofen	Vorentwurfsplanung
B 300	Umbau B 13 bei Pörsbach	Vorentwurfsplanung
B 300	3. FS südlich Starkertshofen	Vorentwurfsplanung
B 13	OU Holzkirchen (m Anschluss B 318)	Genehmigung Vorentwurf
B 13	OU Kurzenberg	Vorplanung
B 13	OU Großhartpenning	Vorplanung
B 15	Westtangente Rosenheim	Teilverkehrs freigabe
B 304	OU Eglharting/Kirchseon	Vorplanung abgeschlossen
B 304	Beseitigung Bahnübergang Reitmehring	Erörterungstermin
B 307	Verlegung Bahnübergang Hausham- Süd	Baubeginn
B 307	OD-Ausbau zu Verlegung Bahnübergang Hausham-Süd	Bauvorbereitung
B 318	A8(AS Holzkir.)-B13(OU Holzkir.)	Vorplanung
B 472	OU Waakirchen	Vorplanung
B 472	Ausb Waakirchen-Kammerloh	Beantragung der Planfeststellung
B 20	OU Burghausen	Vorentwurfsplanung
B 20	OU Laufen	Planfeststellungsbeschluss
B 20	Grenzbrücke s Laufen	Vorplanung abgeschlossen
B 20	OU Hammerau	Vorplanung abgeschlossen
B 20	Ausbau nördlich Tittmoning	Genehmigung Vorentwurf
B 20	Ausbau bei Pirach mit BÜ-Beseitigung	Vorlage Vorentwurf
B 20	Lückenschluss Eisenrichterberg	Bauvorbereitung
B 21	OU Bad Reichenhall (mit Kirchholztunnel)	Bauvorbereitung
B 21	KVP Schneizlreuth - Einmündung der B305	Vorentwurfsplanung
B 21	A 8 provisorische AS Schwarzbach	Vorplanung
B 299	OU Trostberg	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 299	OU Garching a.d.Alz	Vorplanung abgeschlossen
B 299	OU Tacherting	Vorentwurfsplanung
B 299	/St 2550 Knotenpunktbau Altötting	Vorplanung
B 304	OU Altenmarkt BA 2	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen

Anlage 2

B 304	OU Nunhausen - Matzing	Vorentwurfsplanung
B 304	Ausbau bei St Georgen	Vorlage Vorentwurf
B 305	Amphibienschutz am Weitsee	Vorplanung abgeschlossen
B 305	KVP Hinterpoint, Ruhpolding mit Neubau Brücke	Vorentwurfsplanung
B 307	Ausbau Marquartstein-Donau	Vorentwurfsplanung
B 588	OU Reischach	Vorplanung
B 588	Ausbau nördlich Reischach	Baubeginn
B 2	N-OU Murnau	Vorplanung
B 2	Tunnel Starnberg	Baubeginn
B 2	Entlastungsstraße Weilheim	Vorentwurfsplanung
B 2	Ortsumgehung Garmisch- Partenkirchen mit Wanktunnel	Vorentwurfsplanung
B 2	4-streifiger Neubau zw. Eschenlohe u Oberau-Nord	Baubeginn
B 2	4-str. Neubau OU Oberau	Baubeginn
B 2	Ausbau Wielenbach - Pähl	Bauvorbereitung
B 2	Ausbau südlich Weilheim	Vorplanung
B 2	Lawinengalerie Mittenwald-Scharnitz	Vorplanung
B 2	Ausbau Unterhausen - Wielenbach	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 2	Verkehrsanbindung südl. Starnberg	Vorplanung
B 11	Steinschlag- u Lawinensicherung	Baubeginn
B 11	Verlegung westlich von Geretsried	Vorentwurfsplanung
B 11	Ausbau s Geretsried	Erörterungstermin
B 17	Verlegung n Steingaden	Vorplanung
B 23	Ortsumgehung Oberau	Vorplanung
B 23	Ortsumgehung Garmisch- Partenkirchen mit Kramertunnel	Baubeginn
B 472	Nordumfahrung Bad Tölz	Bauvorbereitung
B 472	Ausbau östlich Habach	Teilverkehrsfreigabe
B 472	Ausbau westlich Schongau	Vorplanung
B 472	AS Sindelsdorf	Vorlage Vorentwurf
B 15	A92 AS Essenbach - St 2074	Vorplanung abgeschlossen
B 15n	O-OU Landshut BA I (A92 - LAs14)	Beantragung der Planfeststellung
B 15n	O-OU Landshut BA II (LAs14 - B299)	Linienbestimmung/Trassenfestlegung
B 15n	S-OU Landshut (B 299 - B 15)	Linienbestimmung/Trassenfestlegung
B 16	AUS nördl Lengfeld (3.FS)	Vorentwurfsplanung
B 16	AUS nördl Mühlhausen (3.FS)	Vorlage Vorentwurf
B 20	AUS 2+1 Haunersdorf	Bauvorbereitung
B 20	AUS 2+1 bei Simbach	Beantragung der Planfeststellung
B 299	A 92 - St 2045 bei Landshut	Vorplanung abgeschlossen
B 299	OU Neuhausen	Genehmigung Vorentwurf
B 299	OU Weihmichl	Beantragung der Planfeststellung
B 299	AUS JVA-Kreuzung südl Landshut	Genehmigung Vorentwurf
B 299	AUS Knotenpunkt B 388 Achldorf	Vorplanung abgeschlossen

Anlage 2

B 299	AUS Knotenpunkt westl Vilsbiburg	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 299	AUS 3-str. Geisenhausen-Vilsbiburg	Vorplanung
B 301	OU Puttenhamen	Vorplanung abgeschlossen
B 301	Umbau Knoten B 299 bei Siegenburg	Vorplanung
B 8	OU Straßkirchen	Vorplanung
B 8	OU Künzing	Vorplanung
B 11	Verlegung Deggendorf - Grafing	Vorentwurfsplanung
B 11	OU Ruhmannsfelden	Erörterungstermin
B 11	Verlegung bei Schweinhütt	Bauvorbereitung
B 11	Ausb. s Gotteszell	Baubeginn
B 11	Ausb. bei Prünst	Genehmigung Vorentwurf
B 12	3 FS Heldengut-Herzogsreut	Vorplanung abgeschlossen
B 12	3 FS s Freyung	Projektbearbeitung Bauphase unterbrochen
B 12	Ausb Straßkirchen-Bärnbach	Vorentwurfsplanung
B 12	Ausb. KR Freyung Ort	Baubeginn
B 20	4-streifiger Ausbau Straubing (A 3) - s Aiterhofen (B8)	Vorplanung
B 20	3 FS n Falkenberg	Baubeginn
B 20	OU Gumpersdorf	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 85	3 FS Wildenberg	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 85	KR Viechtach	Erörterungstermin
B 85	Ausb KR Patriching	Beantragung der Planfeststellung
B 85	Ausbau westl. Ayrhof	Baubeginn
B 85	Ausb. bei Linden	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 85	Ausb. ö Patersdorf	Vorentwurfsplanung
B 388	N-OU Passau	Vorplanung
B 388	3 FS Eggenfelden-Pfarrk BA2	Bauvorbereitung
B 533	OU Auerbach	Beantragung der Planfeststellung
B 533	Grafenau-Hohenau (BA 1)	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 533	LAFS Rotbach	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 16	Dreistreifiger Ausbau bei Nittenau Teil A	Vorentwurfsplanung
B 22	Umb.Krz.St 2156 u SAD 42 bei Teunz	Beantragung der Planfeststellung
B 85	Pittersberg - Schwandorf (St 2397)	Vorentwurfsplanung
B 85	Ausbau der Kreuzung mit BAB A 6	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 85	Umb. Kreuzung AS 6 bei Edelsfeld	Bauvorbereitung
B 85	Umbau Kreuzung mit der St 2166 und AS 12 bei Mönlas	Vorentwurfsplanung

Anlage 2

B 299	OU Tanzfleck	Bauvorbereitung
B 299	Verl. bei Waldsassen/Kondrau	Erörterungstermin
B 299	Ausb. nordöstl. Hessenreuth	Baubeginn
B 299	Anb der AS 4 bei Ullersberg	Beantragung der Planfeststellung
B 299	Ern. FB zw. Kastl u. Ursens. BA I	Vorentwurfsplanung
B 299	Ern. FB zw. Kastl u. Ursens. BA II	Vorentwurfsplanung
B 470	Umb Kreuzung Brandweiher	Vorentwurfsplanung
B 8	Ortsumgehung Postbauer-Heng	Vorplanung
B 16	4-streifiger Ausbau AS Gallingkofen - AS Haslbach	Vorentwurfsplanung
B 16	Umbau Lappersdorfer Kreisel	Bauvorbereitung
B 16	3-streifiger Ausbau bei Wenzenbach	Baubeginn
B 16	3-streifiger Ausbau GVS Großberg bis Lkr.-Grenze	Vorentwurfsplanung
B 20	4-streifiger Ausbau Cham-S – Cham-M	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 20	4-streifiger Ausbau Landkreisgrenze - Traitsching	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 20	4-streifiger Ausbau Wilting - Cham (B 85)	Vorentwurfsplanung
B 20	4-streifiger Ausbau Cham-M - Chameregg	Vorplanung
B 20	4-streifiger Ausbau Rissmannsdorf- Landkreisgrenze	Vorentwurfsplanung
B 85	4-streifiger Ausbau östl. Altenkreith - westl. Wetterfeld	Baubeginn
B 85	OU Altenkreith mit Anschluss B 16	Vorentwurfsplanung
B 299	Umbau Kreuzung Pölling	Verkehrsfreigabe
B 299	3-streifiger Ausbau Greißelbach - Mühlhausen	Vorlage Vorentwurf
B 299	3-streifiger Ausbau Holzheim - Pölling	Vorentwurfsplanung
B 299	3-streifiger Ausbau Sengenthal N - Sengenthal S	Erörterungstermin
B 299	3-streifiger Ausbau bei Woffenbach und Stauf	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 299	3-streifiger Ausbau Sengenthal S - Schlierferhaide	Vorentwurfsplanung
B 299	Beseitigung BÜ Sengenthal-Süd	Vorentwurfsplanung
B 299	3-streif. Ausb. Schlierferh-Greißelb	Projektbearbeitung Voruntersuchung unterbrochen
B 4	Ausb in Coburg (Weichengereuth)	Projektbearbeitung Vorentwurf unterbrochen
B 4	Ausbau Rödental - Haarbrücken	Verkehrsfreigabe
B 22	OU Mönchsambach	Vorplanung
B 85	OU Pressig	Projektbearbeitung Vorentwurf unterbrochen

Anlage 2

B 85	KVP B89 Haßlach	Vorentwurfsplanung
B 85	EMD KC11 b Rothenkirchen + BR Haßlach (504)	Vorentwurfsplanung
B 85	Ausb OD Kronach – EMD Ziegelerden + SBW	Vorentwurfsplanung
B 173	OU Zettlitz - Oberlangenstadt	Projektbearbeitung Voruntersuchung unterbrochen
B 173	Lichtenfels - Zettlitz 3.BA	Baubeginn
B 173	Lichtenfels - Zettlitz 2. BA	Vorentwurfsplanung
B 173	Johannisthal - Kronach	Planfeststellungsbeschluss
B 173	OD Küps - Ausbaukonzept	Vorplanung abgeschlossen
B 173	Ausb OD Kronach	Vorentwurfsplanung
B 173	OD Küps - KVP Weinbergstraße	Vorentwurfsplanung
B 173	Ausb OD Marktrodach	Vorplanung
B 279	OU Reckendorf und Baunach	Projektbearbeitung Voruntersuchung unterbrochen
B 279	Umb EMD GE AS Breitengüßbach Mitte	Vorentwurfsplanung
B 303	Verlegung Sonnefeld - Johannisthal 3. BA	Planfeststellungsbeschluss
B 303	Anb dritter FS Tambach - Ahorn	Projektbearbeitung Vorentwurf unterbrochen
B 303	Verl Ebersdorf - Sonnefeld West	Projektbearbeitung Voruntersuchung unterbrochen
B 303	Anb dritter FS w B4 - Ausbaukonzept	Vorplanung abgeschlossen
B 303	Anb dritter FS ö B4 - Ausbaukonzept	Vorplanung abgeschlossen
B 303	Anb dritter FS w Schneckenlohe	Vorentwurfsplanung
B 470	O-OU Forchheim	Vorplanung
B 470	EMD St2760 n Weilersbach (UH)	Vorplanung
B 470	KVP bei Weilersbach	Vorentwurfsplanung
B 505	Anbau dritter Fahrstreifen n Zentbechhofen (3.BA)	Bauvorbereitung
B 505	Ausbau südlich AS Bamberg-Süd (3- streifig)	Vorentwurfsplanung
B 505	Anb dritter FS 4.BA s Hirschaid	Bauvorbereitung
B 2	Bahnübergangsbeseitigung bei Hof	Genehmigung Vorentwurf
B 2	OBV Töpen - A 72 BA 3	Bauvorbereitung
B 15	Umbau BAB A9 - Hof	Vorplanung abgeschlossen
B 22	Ausbau Bayreuth-Kemnath	Vorplanung abgeschlossen
B 22	Ausbau Neunkirchen-Seybothenreuth	Vorentwurfsplanung
B 85	OU Heinersreuth - Altenplos	Vorplanung
B 85	Ausbau Kulmbach_Unterbrücklein_BA I	Beantragung der Planfeststellung
B 85	Zusatzfahrstreifen Schwingen - A 70	Genehmigung Vorentwurf
B 173	3-streifiger Ausbau zw. AS Hof-Nord (A72) und Hof	Vorlage Vorentwurf

Anlage 2

B 173	Naila Umbau Knotenpunkt mit St 2158	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 173	Naila Umbau Knotenpunkt mit St 2195	Beantragung der Planfeststellung
B 289	OU Untersteinach	Verkehrsfreigabe
B 289	OU Weissdorf	Vorplanung
B 289	OU Münchberg	Baubeginn
B 289	OU Mainroth - Rothwind - Fassoldshof	Beantragung der Planfeststellung
B 289	OU Kauerdorf	Baubeginn
B 289	Ern. d. EÜ bei Münchberg	Verkehrsfreigabe
B 303	OU Schirmding 2. Fahrbahn 1. Bauabschnitt	Verkehrsfreigabe
B 303	OU Schirmding, 2. Bauabschnitt	Vorplanung abgeschlossen
B 303	OU Stadtsteinach	Baubeginn
B 303	Marktredwitz/W - A 93	Vorentwurfsplanung
B 303	OU Zaubach	Erörterungstermin
B 303	A9-Tröstau, bestands. Ausbau	Vorplanung abgeschlossen
B 303	Ausbau westlich Glaserühle	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 303	Ausbau östlich Weißmalkraftwerk	Vorentwurfsplanung
B 303	Ausbau östlich Gössenreuth	Vorentwurfsplanung
B 303	Umbau Einm. KuBthStr. bei Himmelkr	Vorentwurfsplanung
B 303	Umbau KP OD Bad Berneck	Vorplanung
B 2	Ortsumgehung Dietfurt	Vorplanung abgeschlossen
B 2	Höhenfreier Umbau der Eichstätter Kreuzung in Weißenburg	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 2	3-streifiger Ausbau Eichstätter Kreuzung - Weißenburg Nord	Vorentwurfsplanung
B 8	Anbau ZFS westl Kleinerlbach	Vorentwurfsplanung
B 8	Zusatzfahrstreifen östlich Emskirchen	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 8	Umbau Knotenpunkt Emskirchen-West	Vorentwurfsplanung
B 13	Ortsumgehung Schlungenhof	Projektbearbeitung Voruntersuchung unterbrochen
B 13	Ortsumgehung Merkendorf	Erörterungstermin
B 13	Ausbau BAB A6 - nördl Merkendorf	Vorplanung
B 13	Umbau AS Brodswinden	Vorplanung
B 14	OU Katterbach	Genehmigung Vorentwurf
B 14	Ersatzneubau Bahnbrücke bei Heilsbronn	Verkehrsfreigabe
B 25	Ortsumgehung Greiselbach	Baubeginn
B 25	Ortsumgehung Dinkelsbühl	Bauvorbereitung
B 25	Ortsumgehung Lehengütingen	Vorplanung
B 466	Ortsumgehung Westheim	Vorplanung
B 466	KV mit B 13 westl Gunzenhausen	Vorentwurfsplanung

Anlage 2

B 470	OU Oberndorf / Ipsheim / Dottenheim	Projektbearbeitung Voruntersuchung unterbrochen
B 470	OU Uehlfeld/Demantsfürth	Projektbearbeitung Voruntersuchung unterbrochen
B 470	Ortsumgehung Lenkersheim	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 2	OU Forth	Vorentwurfsplanung
B 8	Anbau 3. Fahrstreifen Zenntalbrücke - Bauamtsgrenze (Fahrtrichtung Würzburg)	Projektbearbeitung Vorentwurf unterbrochen
B 14	OU Stein / Eibach (mit Rednitztunnel)	Vorplanung
B 14	OU Reichenschwand (Tunnel)	Vorplanung
B 14	Bau Kreisel Henfenfelder Knoten (St 2404 PSL)	Projektbearbeitung Bauphase unterbrochen
B 466	Neubau Kreisverkehrsplatz mit RH10 und AN 59 (PSL)	Genehmigung Vorentwurf
B 470	OU Gremsdorf	Vorplanung
B 26	Ausbau B 469 - Aschaffenburg	Vorentwurfsplanung
B 26	Ausbau Darmstädter Str-Hafenzufahrt	Baubeginn
B 26	Umbau Anschluß an die AS Hösbach	Vorplanung abgeschlossen
B 26	Umbau Hafen Ost mit Hafenbahnbrücke	Vorentwurfsplanung
B 47	Verlegung bei Schneeberg	Vorplanung
B 426	OU Mömlingen	Vorentwurfsplanung
B 469	Ausbau A3 - A45	Vorplanung
B 469	Ausbau A3 - AB16	Vorplanung
B 469	Ausbau Trennfurt-Kleinheubach	Vorplanung
B 469	KVP Weilbach Hauptstr.	Vorlage Vorentwurf
B 469	Umbau AS Großostheim	Vorplanung abgeschlossen
B 469	GE Gehöfterweiterung SM Miltenberg	Baubeginn
B 279	Vocawind - Ermershausen	Linienbestimmung/Trassenfestlegung
B 279	OU Junkersdorf/Pfarrweisach	Vorplanung abgeschlossen
B 279	OU Saal a. d. Saale	Vorplanung
B 279	INST Hollstadt(L2445)- Einm. B 279	Vorentwurfsplanung
B 285	ERN Bahnbrücke Stockheim mit Kuppenabflachung	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 286	Schweinfurt (A 70) - Schwebheim (St 2277)	Verkehrsfreigabe
B 286	Bad Kissingen - B 19 BA I	Vorentwurfsplanung
B 286	Bad Kissingen - B 19 BA II	Vorentwurfsplanung
B 286	Ausbau AS A70 - A3	Vorplanung abgeschlossen
B 286	AUS AS Gerolzhofen Nord u Süd (BA VI)	Vorplanung abgeschlossen
B 286	Anbau ÜFS bei Schwebheim (BA I)	Vorentwurfsplanung
B 286	Anbau ÜFS bei Unterspiesheim (BA II)	Bauvorbereitung

Anlage 2

B 286	AUS Bad Kissingen WürzburgerStraße	Vorplanung abgeschlossen
B 286	UM KVP (Garitzer Kreuzung), Neubau GRW und ERN Südring	Bauvorbereitung
B 287	OU Nüdlingen	Vorplanung abgeschlossen
B 287	AUS Winkels - Nüdlingen	Vorplanung abgeschlossen
B 19	OU Giebelstadt- Euerhausen	Beantragung der Planfeststellung
B 19	RSA-LED-Beschild. Stadt.WÜ - AS A7	Vorentwurfsplanung
B 26	OU Gemünden	Vorplanung abgeschlossen
B 26n	Karlstadt - AK Schweinfurt/Werneck (A7), BA 1	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 26n	Karlstadt - AK Schweinfurt/Werneck (A7), BA2	Vorentwurfsplanung
B 26n	w AD Würzburg-West (A3) - Karlstadt	Linienbestimmung/Trassenfestlegung
B 27	Umb KR n Weyersfeld	Vorentwurfsplanung
B 276	Zubringer Lohr	Linienbestimmung/Trassenfestlegung
B 2	OU Kissing / Mering - Teilprojekt der OSTTANGENTE	Vorplanung
B 2	2-bahniger Ausbau zw. Derching (A8) und Friedberg (B300) - Teilprojekt der OSTTANGENTE	Vorplanung
B 2	2-bahniger Ausbau zw. Friedberg (B300) und Kissing (B2) - Teilprojekt der OSTTANGENTE	Vorplanung
B 2	2+1-Ausbau Donauwörth - Kaisheim-Süd	Vorplanung
B 2	2+1 Ausb Itzing - Monheim Mitte	Vorplanung
B 16	OU Tapfheim	Vorplanung
B 16	2+1-Ausbau Genderkingen - Rain mit Lechbrücke	Vorentwurfsplanung
B 16	Ausbau zwischen AS "DON-Riedlingen" und AS "Auchsheim"	Vorentwurfsplanung
B 16	2+1-Ausbau Rain - Burgheim	Vorentwurfsplanung
B 17	Ergänzender Lärmschutz Stadtbergen	Baubeginn
B 25	OU Möttingen	Vorplanung
B 25	2+1 Ausbau Nördlingen - Möttingen BAI	Baubeginn
B 25	2+1 Ausb. Nördlingen-Möttingen BAI	Bauvorbereitung
B 25	2+1 Ausb. Nördlingen-Möttingen BAI	Bauvorbereitung
B 25	Aufweitung der Bahnüberführung bei Wörnitzstein	Vorentwurfsplanung
B 25	2+1 Ausbau Nördlingen-Möttingen BA 4 - AS "Grosselfingen / Balgheim (DON7)"	Vorentwurfsplanung
B 300	OU Friedberg	Vorplanung abgeschlossen
B 300	OU Diedorf/Vogelsang	Vorentwurfsplanung

Anlage 2

B 300	OU Gessertshausen	Vorplanung abgeschlossen
B 466	Ausbau OD Oettingen	Planfeststellungsbeschluss bestandskräftig
B 12	Erweiterung auf 4 Fahrstreifen [PA1] Kempten (A7) - Wildpoldsried	Vorentwurfsplanung
B 12	Erweiterung auf 4 Fahrstreifen [PA5] Hirschzell - Untergermaringen	Vorentwurfsplanung
B 12	Erweiterung auf 4 Fahrstreifen [PA6] Untergermaringen - Buchloe (A96)	Beantragung der Planfeststellung
B 12	Umbau Berliner Platz Lindau	Baubeginn
B 16	Nordumfahrung Kaufbeuren (OU Pforzen)	Vorplanung
B 16	OU Hausen	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen
B 16	OU Marktoberdorf mit OU Bertoldshofen (B472)	Baubeginn
B 19	Fischen Entlastungstunnel	Genehmigung Vorentwurf
B 19	Umbau KV n Oberstdorf (Geigerkreisel) mit Einm. OA5	Vorentwurfsplanung
B 19	Ausbau Sigishofen bis Sonthofen Nord	Vorentwurfsplanung
B 19	Umbau AS Waltenhofen	Vorentwurfsplanung
B 32	OU Opfenbach	Vorentwurfsplanung
B 308	Umbau Knotenp. Staufener Str. St2383	Bauvorbereitung
B 308	NB Direktrampe an der AS Sigmarszell	Bauvorbereitung
B 472	Ausbau östlich MOD BA 2-4	Baubeginn
B 10	Neu-Ulm (St 2021) - AS Nersingen (A 7)	Baubeginn
B 16	OU Wattenweiler/Höselhurst	Vorplanung
B 16	OU Höchstädt	Projektbearbeitung Planfeststellung unterbrochen
B 16	OU Schwenningen	Vorentwurfsplanung
B 16	OU Ichenhausen - Kötz	Vorentwurfsplanung
B 16	3-streifig. Ausbau Höchstädt - Schwenningen	Vorplanung
B 16	Ausbau AS St 2510	Vorplanung abgeschlossen
B 16	Ausbau AS GZ 18 bei Deffingen	Projektbearbeitung Vorentwurf unterbrochen
B 16	Ausbau AS DLG 12 Peterswörth	Baubeginn
B 16	Ausbau Munasenke nördl. Kleinkötz BA II	Beantragung der Planfeststellung
B 16	Ausbau AS Geschwister-Scholl-Str.	Projektbearbeitung Voruntersuchung unterbrochen
B 16	3-streifig. Ausbau AS DLG 12 - AS B 492	Vorentwurfsplanung
B 16	3-streifig. Ausbau Peterswörth	Beantragung der Planfeststellung
B 16	3-streifig. Ausbau Lauingen Ost	Vorentwurfsplanung

Anlage 2

B 16	3-streifg. Ausbau GZ-Lkr. Grenze	Projektbearbeitung Vorentwurf unterbrochen
B 16	3-streif. Ausbau Lkr. Grenze AS DLG 34	Projektbearbeitung Vorentwurf unterbrochen
B 16	4-streif. Ausb. Lkrgr. DLG-AS DLG 12	Vorplanung abgeschlossen
B 16	3-streifg. Ausbau Lauingen West	Vorentwurfsplanung
B 300	Ausbau südl. Krumbach	Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen

Anlage 2

Land Brandenburg

Vorhaben	Planungsstand
B 96 Teschendorf/Löwenberg	Planfeststellungsverfahren
B 167 OU Finowfurt/Eberswalde, 1. PA	Planfeststellungsverfahren
B 167 OU Finowfurt/Eberswalde, 2. PA	Entwurfsplanung
B 112 OU Frankfurt (Oder) 3. BA	Planfeststellungsverfahren
B 102 OU Premnitz	Planfeststellungsverfahren
B 158 OU Ahrensfelde	Planfeststellungsverfahren
B 189 OU Heiligengrabe	Entwurfsplanung
B 169 OU Allmosen	Entwurfsplanung
B 96 OU Fürstenberg	Entwurfsplanung
A 14 VKE 4	Planfeststellungsverfahren
B 87 OU Lübben	Entwurfs-/Genehmigungsplanung
B 112 A 12 – Güldendorf	Vorplanung
B 112 Neuzelle/Eisenhüttenstadt	Entwurfsplanung
B 169 OU Elsterwerda	Vorplanung/Linienbestimmung
B 101 OU Elsterwerda (Nordumfahrung)	Vorplanung/Linienbestimmung
B 169 OU Plessa	Vorplanung/Linienbestimmung
B 167/B 158 OU Bad Freienwalde (West)	Entwurfsplanung
B 169 OU Lindchen	Vorplanung/Voruntersuchung
B 169 OU Neupetershain Nord	Vorplanung/Voruntersuchung
B 87 OU Markendorf	Vorplanung
B 169 OU Klein Oßnig und OU Annahof/Klein Gaglow	Vorplanung/Linienbestimmung
B 97 OU Cottbus 3. BA	Vorplanung
B 97 OU Groß Oßnig	Vorplanung
B 189n Mirow bis AS Wittstock/Dosse	Entwurfsplanung
B 87 OU Duben	Vorplanung
B 112 OU Forst	Vorplanung
A 10 AD Werder – AD Havelland	Vorplanung
A 13 sechsstreifiger Ausbau Schönefelder Kreuz – AD Spreewald	Vorplanung
Gesamt:	28

Anlage 2

Land Bremen

Vorhaben	Planungsstand nach HOAI
B212n	Entwurfsplanung
Gesamt:	1

Anlage 2

Land Hessen

Es befanden sich zum Auswertestand 31.12.2020

- 110 Projekte an Bundesstraßen
- 96 Projekte an Bundesautobahnen

Bundesstraße	Projektbezeichnung	Planungsstand nach HOAI
B 249	OU Eschwege	LPH 3
B 249	UF Werra bei Eschwege	LPH 3
B 251	Ersatzneubau UF WW bei Habichtswald/ Ehlen	LPH 3
B 252	Münchhausen, Simtshausen, Todenhausen, Wetter - B 62 OU Lahntal/ Göttingen hier Ausbau der L3090, Havarie Bohrkopf (Planänderung 8)	LPH 3
B 252	Münchhausen, Simtshausen, Todenhausen, Wetter - B62 OU Lahntal/ Göttingen hier Anschluss B236 Interkommunales Gewerbegebiet (Planänderung 7)	LPH 3
B 253	Knoten Frohnhausen (Langaar)	LPH 3
B 254	Ersatzneubau UF Ems bei Felsberg/Niedervorschütz	LPH 3
B 254	OU Lauterbach/Maar und Lauterbach	LPH 3
B 254	OU Wartenberg/Angersbach	LPH 3
B 254	OU Wartenberg/Landenhausen	LPH 3
B 277	Hangrutsch bei Aßlar	LPH 3
B 277	KP B 277/Jahnstr./Herwigstr. in Dillenburg	LPH 3
B 324	Bad Hersfeld UF Stadtstraße und DB "Peterstor"	LPH 3
B 449	Querungshilfe bei Darmstadt R 8	LPH 3
B 451	Ersatzneubau Werrabrücke WIZ	LPH 3
B 451	OD Witzenhausen Knoten innerorts	LPH 3
B 452 B 27	OU Reichensachsen	LPH 3
B 453	B 453 Radweg Dautphetal/ Mornshausen - Dautphetal/ Amelose	LPH 3
B 455	AS Friedberg	LPH 3
	Hier: AS Friedberg - Rosbach v.d.H./Nieder-Rosbach, 4-streifiger Ausbau + Radweg	
B 458	RW Fulda (L 3174) - Dipperz	LPH 3
B 460	Heppenheim OT Kirschhausen - Wald Erlenbach	LPH 3
B 519	OU Weilbach	LPH 3
	Hier: OU Flörsheim/Weilbach	
B 521	OU Altenstadt	LPH 3
B 3	3.Deckblatt zum alten Erg.-Verf. Fronh./Bellnh. - Staufenberg (Nur Landespflege)	LPH 4
B 3	Erg.-Verf. Fronh./Bellnh. -Staufenberg (nur noch Landespflege)	LPH 4
B 3	Karben/Okarben - Wöllstadt/Nieder-Wöllstadt	LPH 4

Anlage 2

B 27	OU Hauneck/ Unterhaun und H.-Oberhaun / H./ Sieglos, hier Planänderungsverfahren	LPH 4
B 27	Überführung der L 3378 bei FD/Lehnerz, RRB und Entwässerung	LPH 4
B 27	UF Gemeindestraße bei Neukirchen	LPH 4
B 42	Radwegeverbindung zw. Rheinradweg und OD Rüdesheim	LPH 4
B 43	UEF Ast zur K 202 bei Bischofsheim	LPH 4
B 44	/ L 3112 KP Heidelberger Straße bei Biebesheim, Verbreiterung des Linksabbiegerstreifens	LPH 4
B 44	Groß - Gerau / Dornheim	LPH 4
B 47	O OU Bürstadt - W Lorsch Riedrode (2 Fb.)	LPH 4
B 47	OU Bürstadt 2. Fb inkl. Ergänzung Lärmschutz, östlicher Abschnitt	LPH 4
B 47	OU Rosengarten	LPH 4
B 49	10 BA, AS Leun- AS Solms	LPH 4
B 49	7. BA, AS Löhnberg- AS Leun Biskirchen	LPH 4
B 49	OU Reiskirchen und OU Lindenstruth	LPH 4
B 54	Felssicherung bei Burg Hohenstein zwischen K 682 und L 3274	LPH 4
B 54	Felssicherung bei Burg Hohenstein zwischen K 694 und K 682	LPH 4
B 62	Ausbau OD Alsfeld/ Angenrod einschl. Radweg	LPH 4
B 62	OU Biedenkopf/Eckelshausen	LPH 4
B 62	RGW Als./Leusel - Als./Angenrod	LPH 4
B 252	OU Burgwald/Ernsthausen	LPH 4
B 252	OU Twistetal/Twiste	LPH 4
B 253	OU Breidenbach	LPH 4
B 260	OU Schlangenbad/Wambach	LPH 4
B 275	OU Idstein / Eschenhahn	LPH 4
B 275	OU Usingen, Nordostumfahrung zw. B 275 und B 456	LPH 4
B 276	Schotten - Laubach (Damwildgehege)	LPH 4

Autobahn	Projektbezeichnung	Planungsstand nach HOAI
A 3	/ B 8 Erweiterung des P+M-Parkplatzes in Limburg "Am Hammerberg"	LPH 1-2
A 3	Umbau Wiesbadener Kreuz	LPH 1-2
A 3 A	AK Offenbach - AS Hanau Maßnahme Nr. 2 : Umbau des AK Offenbach	LPH 1-2
A 5	A5 UF Zubringer A7 und SSTW links Hattenbacher Dreieck (Ersatzneubau)	LPH 1-2
A 7	AS Fulda Mitte - Dreieck Fulda (FR Würzburg);	LPH 1-2

Anlage 2

	km 563,200 - km 565,500	
A 7	AS Fulda Mitte - Dreieck Fulda (FR Würzburg); km 565,500 - km 569,100	LPH 1-2
A 7	Ersatzneubau Talbrücke Großenmoor UF L 3169	LPH 1-2
A 7	UF Ast BAB A7 bei Machtlos (Ersatzneubau)	LPH 1-2
A 7 L3176	A7/ L3176 Neubau eines Mitfahrerparkplatzes an der AS Hünfeld /Schlitz, inkl. Umbau KP Westrampe/L3176	LPH 1-2
A 44	A 44 Ersatzneubau UF Firnsbach und Wirtschaftsweg	LPH 1-2
A 45	6-streifiger Ausbau AK GI/Süd - TB Langgöns inkl. Ausbau AK	LPH 1-2
A 45	PWC Hardt-Wald (BAB-km 180,5 FR AB) Umbau / Erweiterung	LPH 1-2
A 45	PWC Pfahlgraben, RiFa Dortmund BAB-km 183,6- 183,9	LPH 1-2
A 66	LSW Frankfurt-Sossenheim + Anbau Kappe an BW A 66 UF R+G Sulzbach	LPH 1-2
A 67	A 67, T+R Pfungstadt West	LPH 1-2
A 67	AD Mönchhof - AS Lorsch Teilabschnitt: BAB 5 / 67 / 672 Ausbau im Bereich des AK Darmstadt und Neuordnung der Verkehrsströme	LPH 1-2
A 480	Lärmschutzwand Wetzlar/Hermannstein und Ablar	LPH 1-2
A 648	AS Ffm - Rödelheim; Mobilitätsengstelle (Abfahrt zur L 3440 Westerbachstraße Rampe A-B) ME 10	LPH 1-2
A 3	Ertüchtigung RRB bei Elz	LPH 3
A 3	T+R Bad Camberg Ost	LPH 3
A 3	T+R Bad Camberg West Umbau / Erweiterung	LPH 3
A 3	T+R-Anlage Limburg West	LPH 3
A 3	T+R-Anlage Weiskirchem Süd	LPH 3
A 3	T+R-Anlage Weiskirchen	LPH 3
A 3	ÜF A661 Bauwerkserneuerung des Hauptkreuzungsbauwerk im AK Offenbach	LPH 3
A 3	UF DB bei Elz Ersatzneubau	LPH 3
A 5	AK Bad Homburg - AS Friedberg und NWK Stadt Frankfurt/Main - AK Bad Homburg NWK Frankfurt - AS Friedberg, 8-streif. Ausbau	LPH 3
A 5	Einseitanlage der T+R Taunusblick (Gem. Eschborn)	LPH 3
A 5	KWC Limes West (b. Garbenteich)	LPH 3
A 5	PWC Heg-Berg	LPH 3
A 5	PWC Limes Ost	LPH 3
A 5	T+R Bergstraße/Ost b. Bensheim, Umbau / Erweiterung	LPH 3
A 7	AS Fulda Nord - AS Fulda Mitte (FR Würzburg);	LPH 3

Anlage 2

	km 560,080 - km 563,200	
A 7	Ersatzneubau von 3 BW bei Niederaula	LPH 3
A 7	Optimierung des Lärmschutzes bei Guxhagen OT Hundsforth	LPH 3
	(Lärmsanierung)	
A 7	PWC Markwald	LPH 3
A 7	PWC Quillerwald	LPH 3
A 7	T+ R Anlage Hasselberg Ost	LPH 3
A 7	Talbrücke Uttrichshausen, UF L3430 und Tal	LPH 3
A 7 B 279	Neubau der Anschlussstelle Gersfeld/ Rhön	LPH 3
A 44	AS KS/West - AD KS/Süd FR Ost; UF Fulda "Bergshäuser Brücke" km 1,27 einschl. 6 streifiger Ausbau	LPH 3
A 44	T+R Bühleck Süd	LPH 3

Anlage 2

Land Mecklenburg-Vorpommern

Vorhaben	Planungsstand nach HOAI
B104 OU Lützow	Grundlagenermittlung
B104 OU Schwerin (B106 bis Paulsdamm)	Vorplanung
B104 OU Sternberg	Vorplanung
B105 OU Mönchhagen/Rövershagen	Vorplanung
B110 Ersatzneubau Zecheriner Brücke	Grundlagenermittlung
B110 OU Dargun	Genehmigungsplanung
B110 OU Zirchow	Entwurfsplanung
B111 OU Lühhannsdorf	Vorplanung
B111 OU Wolgast	Ausführungsplanung/Vorbereitung der Vergabe
B189n Wittstock-Mirow	Vorplanung
B192 Sietow-Waren inkl. OU Klink	Entwurfsplanung
B321 OU Bandenitz	Vorplanung
B321 OU Warsow	Vorplanung
B96 Landesgrenze BB/M-V bis Neustrelitz	Vorplanung
B96 Neubrandenburg-Neustrelitz inkl. OU Weisdin und Usadel	Entwurfsplanung
B96 OU Warlin	Vorplanung
B196 OU Bergen	Entwurfsplanung
B198 OU Mirow	Genehmigungsplanung
Gesamt: 18	

Anlage 2

Land Niedersachsen

Straße	Vorhaben	Planungsstand nach HOAI (Leistungsphase)
B 001	Südümgehung Hameln	3
B 001	OU Coppenbrügge / Marienau	8/9
B 001	OU Hildesheim - Himmelsthür (West- und Mittelteil)	3
B 001	OU Burgstemmen	1/2
B 001	OU Mahlerten	1/2
B 003	OU Celle (Mittelteil)	8/9
B 003	OU Celle (Nordteil)	4
B 003	OU Groß Hehlen	4
B 003	OU Elstorf mit Zubringer A 26	3
B 004	Verl. n Rötgesbüttel - s Meine	4
B 051	OU Barnstorf	3
B 064	OU Eschershausen 2. BA (Westumgehung)	3
B 064	OU Negenborn	8/9
B 073	Verl. ö Otterndorf - Cadenberge	4
B 073	OU Cadenberge	3
B 074	OU Ritterhude	3
B 075	OU Scheeßel	3
B 188	Vierstr. Ausbau zwischen A 39 und L 322	3
B 190	Verl. B 190n West (B 4 - A 39)	3
B 190	Verlegung B190 n Ost (A39 bis LGr. NI/ST)	3
B 210	OU Aurich	4
B 210	Verl. Aurich - Riepe (A31)	3
B 210	Verlegung s Emden	8/9
B 211	OU Mittellort - Brake (B 212)	8/9
B 212	OU Berne	8/9
B 212	Verl. Harmenhausen (L 875) - L-Gr NI/HB	3
B 213	PA 1: E 233 - AS Meppen (A31) - Meppen (B 70)	4
B 213	PA 2: E 233 - Meppen (B 70) - w Haselünne	3
B 213	PA 3: E 233 - w Haselünne - K-Gr Emsland/Cloppenburg	4
B 213	PA 4: E 233 - K-Gr. Emsland/Cloppenburg - ö Lönigen (OU Lönigen)	4
B 213	PA 5: E 233 - ö Lönigen - ö Lastrup (OU Lastrup)	4
B 213	PA 6: E 233 - ö Lastrup - Cloppenburg (B 68)	4
B 072	PA 8: E 233 - Cloppenburg (B 213) - AS Cloppenburg (A 1)	4
B 213	Verl. bei Lohne	3
B 215	Verl. Rohrsen - Nienburg	3
B 240	n Marienhagen - Weenzen (L 462)	8/9
B 240	OU Eime (w Eime - B 3)	3
B 240	OU Eschershausen 1. BA (Nordostumgehung)	8/9
B 240	Verl. Fölziehausen - Eschershausen (mit Ith-Querung)	2
B 241	OU Uslar	2
B 241	Verl. Bollensen - Volpriehausen	8/9
B 247	OU Duderstadt - Südteil (OU Gerblingerode - L-Gr TH)	4
B 248	OU Brome	3
B 403	OU Emlichheim	3
B 441	OU Wunstorf	5
	Gesamt: 45	

Anlage 2

Land Nordrhein-Westfalen

	Vorhaben	Planungsstand nach HOAI
B 1	OU Erwitte	2
B 1	OU Salzkotten	4
B 1	OU Erwitte (Anschluss B 55)	2
B 7	Menden - Wimbern	2
B 7	Wimbern - Arnsberg (OU Wickede)	2
B 7	Bestwig/Nuttlar (A 46) - Brilon (B 480a)	2
B 8	OU Hennef/Uckerath	2
B 51	OU Bergisch-Born	3
B 51	OU Köln/Meschenich (o) - A 4	3
B 51	Münster (L 843) - ö Münster/Handorf	3
B 51	ö Münster/Handorf - Telgte	3
B 54	OU Kierspe (Lausebergaufstieg)	2
B 54	AS Münster/Nord - Altenberge (L 579)	2
B 54	Altenberge (L 579) - Nordwalde	2
B 56	OU Swisttal/Miel (m AS A 61)	3
B 59	OU Allrath	2
B 61	/A 33 Zubringer Bielefeld/Ummeln	4
B 62	OU Erndtebrück	2
B 63	OU Hamm (A 2 - K35n)	3
B 63	OU Hamm (K 35n - Zentrum)	2
B 64	OU Warendorf	4
B 64	OU Beelen	3
B 64	OU Herzebrock/Clarholz	3
B 64	Brakel/Hembsen - Ottbergen (Abschn. Ia)	3
B 64	Ottbergen - Höxter/Godelheim (Ib)	4
B 64	Höxter/Godelheim (w.B 83n) - Höxter (Ia)	4
B 65	OU Minden, Stadtgr. - Erbeweg	4
B 66	Blomberg/Großenmarpe - (L 712) - Barntrop (B 66)	3
B 67	OU Uedem (Südabschnitt A 57 - L 77)	4
B 67	OU Uedem (Nordabschnitt L 77 - L 174)	4
B 83	Beverungen/Wehrden - Höxter/Godelheim (B 64alt)	4
B 220	OU Kleve - Kellen (B 220) - (B 57)	4
B 221	OU Scherpenseel	2
B 221	OU Unterbruch	4
B 221	Geilenkirchen - AS Heinsberg (A 46)	2
B 229	OU Neuenrade	4
B 237	OU Hückeswagen	4
B 238	OU Lemgo (L 712 - B 238 alt)	4
B 239	OU Lage (B 239 S - B 239 N)	4
B 239	Lage (B 239 N) - Bad Salzuflen/Schötmar (L 712)	2
B 239	Bad Salzuflen (L 712 - K 4)	3
B 239	Bad Salzuflen (K 4) - Herford (A 2)	4
B 264	OU Golzheim	3
B 266	OU Mechernich/Roggendorf	3
B 288	A 524 OD Krefeld - Duisburg-Serm	2
B 399	N-OU Düren	4
B 474	OU Waltrop (AK Dortmund/NW A 2 - L 609)	4
B 475	OU Ennigerloh/Westkirchen	2
B 475	OU Beckum/Neubeckum (K6 - L792)	2
B 477	OU Rommerskirchen/Butzheim und Frixheim	3

Anlage 2

B 508	T-OU Kreuztal (Querspange)	4
B 508	OU Kreuztal/Ferndorf	2
B 508	S-OU Hilchenbach	2
B 528	OU S Kamp-Lintfort	4
	Gesamt: 54	

Anlage 2

Rheinland Pfalz

Die Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen des Bedarfsplanes 2016 in Rheinland-Pfalz können der folgenden Liste entnommen werden.

Die in der Liste genannten Maßnahmen der A 1 und A 643 befinden sich zurzeit in laufenden Planfeststellungsverfahren, welche durch die straßenrechtliche Planfeststellungsbehörde des Landes Rheinland-Pfalz zum Abschluss gebracht werden.

Derzeit in Planung befindliche Bundesfernstraßenprojekte (Bedarfsplanprojekte)			
Straße	Bezeichnung	Planungsstand	Planungsstand nach HOAI (LPH)
A001	AS Kelberg - AS Adenau	Planfeststellung im Verfahren	4
A643	AS Gonsenheim - AS Mombach	Planfeststellung im Verfahren	4
B008n	OU Kircheib	Vorplanung	2
B008n	OU Hasselbach	Vorplanung	2
B008n	OU Weyerbusch	Vorplanung	2
B008n	OU Helmenzen	Vorplanung	2
B009n	OU Nierstein	Vorentwurf in Erstellung	3
B010	Hinterweidenthal - Hauenstein	Vorentwurf in Erstellung	3
B010	Hauenstein - Wellbachtal(B48)	Vorplanung	2
B010	Wellbachtal (B48) - AS Annweiler-Ost	Vorplanung	2
B010	AS Annweiler-Ost - Godramstein	Vorentwurf in Erstellung	3
B041	Steinhardt(L233) - Waldböckelheim	Vorentwurf in Erstellung	3
B041n	OU Niederbrombach, Oberbrombach, Rötweiler	Vorplanung	2
B041n	OU Martinstein	Vorplanung	2
B042n	OU Leutesdorf(Bahnparallele)	Studie BVWP	1
B048n	OU Klängenmünster	Planfeststellung im Verfahren	4

Anlage 2

B049n	OU Trier - Zewen	Studie BVWP	1
B050	B 50 alt(Longkamp) - Zolleiche (Kn. Wederath)	Vorentwurf genehmigt	3
B050	Zolleiche (Kn. Wederath) - Kreisgrenze	Planfeststellung im Verfahren	4
B050	Kreisgrenze - AS Flughafen Hahn	Vorentwurf in Erstellung	3
B051n	Westumfahrung Trier	Vorplanung	2
B051n	OU Ayl	Vorplanung	2
B054n	OU Flacht - Niederneisen	Vorentwurf in Erstellung	3
B054n	OU Waldmühlen	Studie BVWP	1
B054n	OU Rennerod	Planfeststellung im Verfahren	4
B062n	OU Mudersbach	Vorplanung	2
B255n	OU Rothenbach und OU Langenhahn	Studie BVWP	1
B256n	OU Willroth	Vorplanung	2
B256n	OU Gierender Höhe	Studie BVWP	1
B256n	OU Straßenhaus	Planfeststellung im Verfahren	4
B266n	Ahrquerung	Vorplanung	2
B270n	OU Olsbrücken	Planfeststellung im Verfahren	4
B271n	OU Herxheim a.B.	Vorentwurf in Erstellung	3
B271n	OU Kallstadt - Ungstein	Vorentwurf in Erstellung	3
B293	Wörth am Rhein(B 9) – LGr BW/RP	Aufstellung Brückenentwurf eventuell ergänzendes Baurechtsverfahren	4
B414n	OU Kirburg	Studie BVWP	1
B414n	OU Nister - Möhrendorf	Studie BVWP	1
B420n	OU Wörrstadt	Studie BVWP	1
B420n	OU Nierstein(B420)	Vorplanung	2

Anlage 2

B423n	OU Schöenberg - Kübelberg	Vorentwurf in Erstellung	3
-------	---------------------------	-----------------------------	---

Anlage 2

Land Saarland

Vorhaben	Planungsstand nach HOAI
B 10 – BW 100, Erneuerung der SÜ im Zuge der B 10 über die Bahnstrecke Wemmetweiler - Lebach	LPH 2/LPH 3 (BW)
B 268 NB R+G Lückenschluss (Homanit-Münchweiler)	LPH 5/6
B 268 R+G Lebach-Eppelborn	LPH 3
B 269 AB Alweiler-Tholey	LPH 2
B 269 Ausbau Winterbach-Alweiler	LPH 3
B 405 Neubau KVP Lachwaldstraße in Saarlouis	LPH 1
B 405/B 269 Felsberg	LPH 1
B 405/B 269 Felsberg - Querungshilfen	LPH 1
B 41 Anlage Linksabbiegespur	LPH 1
B 423 Einöd - Planung BW 397	LPH 3
B 423 Lärmschutzwand (Bexbacher Straße)	LPH 3
B 423, Rad- und Gehweg am OE von Blieskastel	LPH 1
B 51 Bypass am Bauhauskreisel Ensdorf	LPH 3
B 51 OD Völklingen	LPH 2
B 51 Völklingen - Planung BW 1360	LPH 1
B 51/B 269n, Verbindungsstraße zum Stahlwerk Bous; NB ("Anbindung des Gewerbegebietes "Saarstraße" an die B269")	LPH 4
B 51/L 174 VKP Roden/Dillingen	
KP 1	LPH 2
KP 2	LPH 2
KP 3	LPH 5
KP 4+5	LPH 5
KP 6	im Bau
KP 7	LPH 5
KP 8+9	LPH 3
B10/L300 OD Eppelborn – VKP mit LSA	LPH 3
B268 OD Nunkirchen, Querungshilfe	LPH 1
B268, OU Nunkirchen	Aufnahme in BVWP
B268/L301 VKP Eiweiler	LPH 1
B269 Verlegung bei Lebach	LPH 3
B269 Verlegung bei Nalbach	Aufnahme in BVWP
B269 VKP-UHS Saarwellingen - Nalbach	LPH 3
B269, OU Saarlouis Fraulautern mit Anbindung an die B51	LPH 2
B405 VKP Schanzenstraße/ Bahnhofstraße	LPH 2
B423, OU Schwarzenbach und Schwarzenacker	LPH 4
B51/L158 UB VKP - Mettlach	LPH 5
BW 28 OD Körprich B 269/L 337	LPH 3
Gesamt: 30	

Anlage 2

Sachsen-Anhalt

Vorhaben	Planungsstand nach HOAI (Leistungsphase)
B 2 O-OU Wittenberg	4
B 6 OU Großkugel/Gröbers	3
B 6 OU Bruckdorf	2
B 6n AS B6n (A 9) bis B 184 (PA 18)	2
B 27 TOU Hüttenrode	4
B 71 OU Estedt	2
B 81 OU Halberstadt	2
B 86 OU Mansfeld (inkl. B 86 OU Annarode-Siebigeroede)	2
B 87 OU Weißenfels (Südtangente)	2
B 87/B180 OU Wethau/ OU Naumburg	2
B 87 OU Eckartsberga	2
B 181 OU Zöschen-Wallendorf-Merseburg	2
B 107 OU Jerichow	1
B 107 OU Oranienbaum	1
B 184n OU Wahlitz-Menz-Königsborn-Heyrothsberge	2
B 184 OU Roßlau/Tornau	3
B 185 OU Ballenstedt	4
B 187 OU Coswig-Griebo	4
B 187 N-OU Wittenberg	3
B 187 OU Jessen-Mühlanger	1
B 188 OU Kloster Neuendorf-Jävenitz-Hottendorf	4
B 190n Lgr. NI / ST – A 14	
PA 1.3	2
PA 1.4	2
PA2.1	2
PA 2.2	2
PA 2.3	2
PA 2.4	2
PA2.5	2
PA 2.6	3
PA 2.7	3
B 244 OU Wernigerode	2
B 246 OU Wanzleben	1
Gesamt:	35 (32)*

* Angabe in Klammern = Anzahl der Planungen; z.T setzen sich Vorhaben aus mehreren Teilprojekten zusammen (z.B. B 6 OU Großkugel-Gröbers)

Anlage 2

Schleswig-Holstein (LBV.SH)

Aufgelistet werden im Folgenden sowohl die Bundesstraßenprojekte des Bedarfsplans als auch die weiteren Bundesstraßenprojekte ohne kleinere Maßnahmen, ohne Erhaltungsmaßnahmen, aber teilweise mit Ersatzneubauten (gewählte Grenze ist voraussichtliche Planfeststellungspflichtigkeit):

Vorhaben	Planungsstand nach HOAI
B 207 Heiligenhafen-Ost bis Puttgarden – Ausbau Straße	Klageverfahren
B 207 Heiligenhafen-Ost bis Puttgarden – Fehmarnsundquerung	3
A 25/ B 5 Ortsumgehung Geesthacht	Planfeststellungsverfahren
B 209 Elbquerung Lauenburg inkl. OU und B 5 OU Lauenburg Nord	1 + 2
B 5 OU Hattstedt - Bredstedt	Klageverfahren und parallel Planänderungsverfahren
B 202 Südspange Kiel	1 + 2
B 202 OU Tating	Planfeststellungsverfahren
B 206 OU Itzehoe	1 + 2
B 209 OU Schwarzenbek 3. BA	1 + 2
B 5 Dreistreifigkeit Rothenspieker bis Reimersbude	4
B 5 Dreistreifigkeit Reimersbude bis Platenhörn	4
B 5 Dreistreifigkeit Platenhörn bis Husum	4
B 404 Dreistreifiger Ausbau 1. BA	Planfeststellungsverfahren
B 75 Lärmsanierung Kücknitz	4
B 76 Lärmvorsorge Plön	Planfeststellungsverfahren
B 76/K 1 Ersatzneubau Gottorf	1 + 2
B 76 Ersatzneubau Hasselholmtal	1 + 2
B 431 Ersatzneubau Klappbrücke Uetersen	1 + 2
Gesamt:	8 Bedarfsplanprojekte 9 Projekte außerhalb Bedarfsplan

Anlage 2

Thüringen

Vorhaben	Planungsstand nach HOAI
15	LPH 1+2
20	LPH 3+4
5	LPH 5+6
4	LPH 7+8
3	LPH 9
Gesamt: 47	

Anlage 3

Autobahn GmbH des Bundes

Vorhaben	Planungsstand nach HOAI
234	Grundlagenermittlung / Vorplanung (Lph. 1-2)
387	Entwurfs- und Genehmigungsplanung, inkl. Baurecht (Lph. 3-4)
582	Ausführungsplanung, Ausschreibung und Vergabeverfahren (Lph. 5-7)
1.203	Gesamt:

